



## 1/03

### SPECIAL

#### RECHTLICHE ASPEKTE LEGAL ASPECTS ASPECTS JURIDIQUES

2

Rechtliche Relevanz nicht-harmonisierter sicherheitstechnischer Normung

The legislative relevance of non-harmonized safety-related standardization

La portée juridique des normes de sécurité non harmonisées

5

Rechtssicherheit durch Normen? / Legal security through standards? / Les normes offrent-elles une garantie juridique?

8

Anhang ZA in Europäischen Normen / Annex ZA in European standards / Annexe ZA dans les normes européennes

### THEMES

11

#### EU-ERWEITERUNG EU ENLARGEMENT ÉLARGISSEMENT DE L'UE

EU-Beitrittsverhandlungen: PECA / EU accession negotiations: PECA / Négociations sur l'élargissement de l'UE: PECA

14

#### ARBEITSSCHUTZ IN EUROPA OH&S IN EUROPE / LA PRÉVENTION EN EUROPE

Polen / Poland / Pologne

17

#### CSR / RSE

Normung der sozialen Verantwortung von Unternehmen – ein Irrweg!

Standardization of corporate social responsibility – the wrong course!

Normaliser la responsabilité sociale des entreprises – une fausse voie!

### IN BRIEF

20

#### EUROSHNET

Aktuell / News / Actualités

Europäisches Seminar zu PSA  
European Seminar on PPE

Séminaire européen sur les EPI

Newsletter BG-Prävention Akt.

### SERVICE

22

#### PUBLICATIONS / INTERNET / EVENTS

## Rechtliche Aspekte der Produktnormung

Die Funktionen technischer Normen sind vielfältig. Sie stellen die allgemein anerkannten Regeln der Technik dar, verbessern die Kompatibilität verschiedener Produkte und Systeme und dienen der nationalen und internationalen Verständigung innerhalb bestimmter Fachgebiete.

Eine ganz wesentliche Bedeutung haben technische Normen auch im Rechtsgefüge. Sie können grundlegende Anforderungen europäischer Richtlinien oder auch unbestimmte Rechtsbegriffe nationaler Gesetze konkretisieren und bilden damit eine wichtige Säule des Arbeits- und Verbraucherschutzes. Viele Beteiligte – und keineswegs nur Hersteller – gehen von einer gewissen Rechtssicherheit aus, wenn bei der Konstruktion von Produkten Normen angewandt wurden. Teilweise besteht jedoch Unklarheit darüber, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit durch Normen Schutzziele wirklich erreicht, die Übereinstimmung mit Rechtsvorschriften angemessen nachvollzogen und ggf. die Konformität eines Produktes vermutet werden kann. Der Schwerpunkt dieses Heftes will zur Klärung dieser Fragen beitragen.

*Eugen Müller, Vorsitzender der KAN*

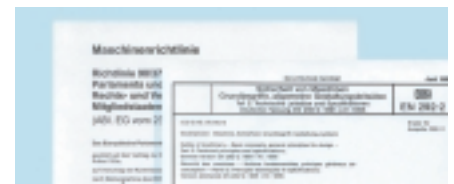
## Legal aspects of product standardization

Technical standards must fulfil a number of functions. They represent generally acknowledged rules of technology, improve compatibility between different products and systems, and further understanding at national and international level within certain technical spheres.

Technical standards are also of key significance within the legislative framework. They can support the basic requirements of European directives or provide precise definition of the undefined terminology used within national law. In this respect they represent an important cornerstone of occupational health and safety and of consumer protection. Many of the parties involved – and by no means only manufacturers – assume

a certain legal certainty when standards are applied during the design of products. Uncertainty remains in some cases, however, regarding the conditions which must be fulfilled if aims of protection are actually to be achieved by standards, if compliance with provisions is to be reasonably demonstrated, and where applicable, the conformity of a product is to be assumed. The focus of this publication lies upon answering these questions.

*Eugen Müller, Chairman of KAN*



## Les aspects juridiques de la normalisation des produits

Les normes techniques ont un rôle multiple à jouer : elles constituent des règles techniques reconnues, améliorent la compatibilité de différents produits et systèmes, et contribuent à la compréhension – nationale et internationale – au sein de certains secteurs techniques.

Les normes techniques jouent également un rôle déterminant dans le cadre réglementaire. Elle peuvent concrétiser des exigences essentielles de directives européennes, ou encore des notions indéterminées de lois nationales, constituant ainsi un pilier important de la prévention et de la défense des consommateurs. De nombreux acteurs – et pas seulement les fabricants – partent du principe que l'application des normes lors de la conception d'un produit entraîne une certaine garantie juridique. Il reste cependant parfois encore des doutes quant aux conditions à remplir pour que les normes permettent effectivement d'atteindre les objectifs en matière de protection, que la conformité avec les prescriptions légales soit vérifiable par des moyens appropriés, et que, le cas échéant, on puisse présumer la conformité d'un produit. Le dossier spécial de ce numéro aidera à faire la lumière sur ces questions.

*Eugen Müller, Président de la KAN*

## Rechtliche Relevanz nicht-harmonisierter sicherheitstechnischer Normung

**Sicherheitstechnische Normung im nicht-harmonisierten Bereich hat nur noch in einem mittlerweile schmal gewordenen Korridor zwischen zahlreichen produktspezifischen EG-Richtlinien und der Richtlinie zur Allgemeinen Produktsicherheit eine verwaltungsrechtliche Bedeutung. Innerhalb dieses Korridors greifen in Deutschland die allgemeinen Anforderungen des Gerätesicherheitsgesetzes (GSG). Wegen der überragend weiten Anwendungsbereiche etwa der EG-Richtlinien für elektrische Betriebsmittel, für Maschinen oder PSA musste dieses Segment historisch zunehmend schrumpfen.**

Zum europäisch nicht harmonisierten, aber vom GSG umfassten Bereich gehören vor allem:

- Maschinen, die unter den Ausnahmekatalog der Maschinenrichtlinie fallen und nicht von anderen europäischen Richtlinien erfasst werden; von diesen Ausnahmen besonders hervorzuheben sind Maschinen, deren einzige Kraftquelle die unmittelbar angewandte menschliche Arbeitskraft (außer Lasthebemaschinen) ist;
- bestimmte Einrichtungen, die zum Beleuchten, Beheizen, Kühlen sowie zum Be- oder Entlüften bestimmt sind, z.B. Kohle- oder Holzöfen, da für sie keine Binnenmarktrichtlinien anwendbar sind;
- bestimmtes Sport-, Freizeit- und Bastelgerät/Spielzeug<sup>1</sup>.

Für diese Produkte verlangt das GSG, dass sie nur in den Verkehr gebracht werden dürfen, „wenn sie nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik sowie den Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften so beschaffen sind, daß Benutzer oder Dritte bei ihrer bestimmungsgemäßen Verwendung gegen Gefahren aller Art für Leben oder Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Art der bestimmungsgemäßen Verwendung gestattet. Von den allgemein anerkannten Regeln der Technik sowie den Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften darf abgewichen werden, soweit die gleiche Sicherheit auf andere Weise gewährleistet ist.“ (Gleichartigkeitsklausel<sup>2</sup>)

Mit dieser so genannten dynamischen Verweisungstechnik – die von der Rechtsprechung im übrigen akzeptiert wurde – finden Änderungen dieser Regelwerke, die durch den technischen Fortschritt bedingt sind, unmittelbar Eingang in das gesetzliche Anforderungsprofil an Produkte. In Deutschland kommt technischen Normen dabei durch § 3 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum GSG (AVA) von 1996 eine

besondere Bedeutung zu. Hier wird festgelegt, dass Behörden bei Prüfungen von Produkten davon auszugehen haben, dass es sich bei den vom DIN, VDE und DVGW<sup>3</sup> aufgestellten technischen Regeln um allgemein anerkannte Regeln der Technik handelt. Im europäisch nicht harmonisierten Bereich existiert somit für nicht-harmonisierte Normen eine Art „Konformitätsannahme“, die für Behörden bindend ist.

Allerdings muss gewissermaßen als Korrektiv immer wieder auf die oben erwähnte Gleichartigkeitsklausel des GSG geachtet werden. Deren Sinn darf nicht allein in einer gesetzlichen Förderung technischer Innovationsfreudigkeit gesehen werden, die ein Abrücken von etablierten Standards erlauben soll. Diese Klausel schützt auch vor dem ansonsten zwingenden Vorwurf des Verstoßes des GSG gegen EG-Recht: Denn auch wenn für eine Produktgattung noch keine spezielle EG-Richtlinie erlassen wurde, so gewährleistet unmittelbar Art. 28 des EG-Vertrages die Freiheit des grenzüberschreitenden Warenverkehrs gegenüber nationalen Beschränkungen. Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) aus 1986 zu Holzbearbeitungsmaschinen sind die Staaten der EU verpflichtet, im Schutzziel gleichlautende Normen anderer Mitgliedstaaten anzuerkennen.

Sofern keine harmonisierten Normen im durch Richtlinien harmonisierten Bereich vorliegen, bestimmt z.B. die Maschinenrichtlinie in Art. 5 Abs. 1 S. 2, dass „die Mitgliedstaaten die ihres Erachtens erforderlichen Maßnahmen treffen, damit den Betroffenen die bestehenden nationalen Normen und technischen Spezifikationen zur Kenntnis gebracht werden, die für die sachgerechte Umsetzung der grundlegenden Sicherheits- und Gesundheitsanforderungen (...) als wichtig oder hilfreich erachtet werden“. Bei diesen Normen ist indes Skepsis angebracht, da sie häufig älter sind als die betreffende EG-Richtlinie. Dies liegt daran, dass für die nationale Normung eine Stillhalteverpflichtung gilt, sobald auf europäischer Ebene ein Normungsverfahren zum gleichen Thema eingeleitet wird. Sie lösen keine Konformitätsvermutung aus und ihre Einhaltung lässt beweisrechtlich nicht vermuten, dass zugleich die Richtlinie eingehalten wird. „Hilfreich oder wichtig“ können sie also allenfalls bei der Ermittlung dessen sein, was als Untergrenze möglicher Sicherheit anzusehen ist oder was denkbare technische Lösungen Gefährdungslagen darstellen könnten. Sie sind also Denkanstöße.

*Dr. Thomas Klindt*

<sup>1</sup> sofern weder Maschine i.S. der Maschinenrichtlinie noch Spielzeug i.S. der Spielzeugrichtlinie

<sup>2</sup> § 3 Abs. 1 S. 3 GSG

<sup>3</sup> DIN: Deutsches Institut für Normung e.V.

VDE: Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik e.V.

DVGW: Deutsche Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e.V.

## The legislative relevance of non-harmonized safety-related standardization

Safety-related standardization in the non-harmonized domain remains significant under administrative law only within a narrow band between a large number of product-specific EC directives and the General Product Safety Directive. Within this band, the general requirements of the German Equipment Safety Act (GSG) apply in Germany. Owing to the particularly broad scope of, for example, European directives governing electrical appliances, machinery, or PPE, this segment was destined to be progressively consigned to history.

The area not subject to European harmonization but covered by the GSG includes, in particular:

- machinery subject to the exceptions stated by the Machinery Directive and not covered by other European directives; of particular relevance within these exceptions are machines whose sole source of power is directly applied human force (excluding load-lifting machinery);
- certain facilities employed for lighting, heating, refrigeration and ventilation, for example coal-fired or wood-fired heaters, as no Single Market directives are applicable to them;
- certain sports, leisure and modelling equipment/toys<sup>1</sup>.

The GSG permits distribution of these products only "if they are manufactured in accordance with generally acknowledged rules of technology and with the OH&S and accident prevention regulations such that their users or third parties are protected, during their intended use, against hazards of any kind to life or limb to the degree permitted by the nature of intended use. Deviation from generally acknowledged rules of technology and from the OH&S and accident prevention regulations is permissible provided the same level of safety is assured by other means." (Equivalence clause<sup>2</sup>)

This mechanism of "dynamic reference", which has incidentally been accepted by court rulings, leads to amendments to these regulations resulting from technical progress being included directly in the statutory requirements for products. In Germany, technical standards acquire particular significance here under the 1996 General Administrative Regulation (§ 3) implementing the GSG. This provision requires that during the testing of products, public authorities must assume that technical rules drawn up by DIN, VDE and DVGW<sup>3</sup> constitute generally acknowledged rules of technology. A form of "presumption of conformity" binding upon the public authorities

thus exists for non-harmonized standards within the area not subject to European harmonization.

To some degree as a corrective, continual attention must nevertheless be given to the equivalence clause of the GSG mentioned above. The purpose of this clause should not be considered solely as promotion by the legislator of technical innovation, enabling established standards to be overlooked. Rather, this clause also provides protection from the otherwise compelling charge that the GSG contravenes European law, since: even should a dedicated European directive not yet have been issued for a product group, Article 28 of the EC Treaty directly guarantees the freedom of cross-border trade in goods notwithstanding national restrictions. According to a 1986 judgement by the European Court of Justice concerning woodworking machines, EU member states are obliged to recognize the standards of other member states which contain the same safety objectives.

Where harmonized standards are not available within the domain harmonized by EC directives, Article 5 (1) 2 of the Machinery Directive, for example, requires that the "Member States shall take any steps they deem necessary to bring to the attention of the parties concerned the existing national technical standards and specifications which are regarded as important or relevant to the proper implementation of the essential safety and health requirements". With respect to these standards, scepticism is justified however, as they frequently predate the EC directive concerned. The reason for this is that a standstill clause for national standardization takes effect as soon as a standards project is launched on the same subject at European level. These standards do not give rise to a presumption of conformity, and their observance does not constitute legally recognized evidence of a presumption that the directive is also complied with. They may therefore be "relevant or important" at most in identifying what might be deemed the lowest possible safety level, or what form technical solutions to hazard situations might conceivably take. They therefore represent "food for thought".

*Dr. Thomas Klindt*



Dr. Thomas Klindt  
Fachanwalt für Verwaltungsrecht und  
Partner der Sozietät  
Brandt, Dröge, Piltz,  
Heuer & Gronemeyer,  
Paderborn  
([www.bdphg.de](http://www.bdphg.de))

Dr. Thomas Klindt  
Lawyer specializing in administrative law and partner of the firm of Brandt, Dröge, Piltz, Heuer & Gronemeyer, Paderborn  
([www.bdphg.de](http://www.bdphg.de))

<sup>1</sup> Provided they are neither machines as defined by the Machinery Directive, nor toys as defined by the Safety of Toys Directive.

<sup>2</sup> GSG § 3 (1) 3

<sup>3</sup> DIN: German Standard Institute

VDE: Association for Electrical, Electronic & Information Technologies  
DVGW: German Technical and Scientific Association on Gas and Water

## La portée juridique des normes de sécurité non harmonisées

En termes de droit administratif, le rôle des normes de sécurité non harmonisées se limite au couloir, aujourd'hui très étroit, entre les nombreuses directives CE de produits et la directive sur la sécurité générale des produits. En Allemagne, ce sont les exigences générales de la loi sur la sécurité des équipements (GSG) qui s'appliquent à l'intérieur de cet espace, qui devrait encore s'amenuiser, du fait de l'étendue des domaines d'application des directives CE (notamment Équipements électriques, Machines ou EPI).

Le domaine non-harmonisé au niveau européen, mais couvert par la GSG, comprend surtout :

- les machines qui figurent au catalogue d'exceptions de la directive Machines et ne sont pas couvertes par d'autres directives européennes, notamment celles mues uniquement et directement par la force humaine (hormis les engins de levage) ;
- certains équipements destinés à l'éclairage, au chauffage, au refroidissement, à l'aération ou à l'évacuation de l'air, comme par exemple les poêles à charbon ou à bois, aucune directive Marché unique n'étant applicable à leur cas ;
- certains appareils/jouets pour le sport, les loisirs et le bricolage<sup>1</sup>.

La GSG stipule que ces produits ne peuvent être mis en circulation « que s'ils sont conçus conformément aux règles techniques reconnues et aux règles de sécurité et de santé au travail et de prévention des accidents, afin que leurs utilisateurs ou tout tiers s'en servant pour l'usage prévu soient protégés contre les risques pour la vie ou la santé, dans la mesure où le type d'usage prévu le permet. Il est permis de déroger aux règles techniques reconnues et règles de sécurité et de santé au travail et de prévention des accidents si le même niveau de sécurité est garanti d'une autre manière. » (Clause de similitude<sup>2</sup>)

Par cette « technique de référence dynamique » – admise au demeurant par la jurisprudence – les modifications de ces réglementations découlant du progrès technique entrent directement dans le profil d'exigences auxquelles doivent répondre les produits. En Allemagne, l'article 3 du règlement administratif sur la GSG (AVA) de 1996 attribue une importance particulière aux normes techniques. Il y est stipulé que, lors de l'examen des produits, les autorités doivent partir du principe que les règles techniques établies par le DIN, le VDE et le DVGW<sup>3</sup> sont des règles techniques reconnues. Dans le domaine européen non harmonisé, il existe ainsi, pour les normes non

harmonisées, une sorte de « présomption de conformité », qui a un caractère obligatoire pour les autorités.

Il faut toutefois toujours tenir compte de la clause de similitude de la GSG évoquée plus haut, en quelque sorte comme mesure corrective. Il ne faut pas y voir seulement un encouragement légal à l'envie d'innover, qui permettrait de s'écarter des standards établis. Cette clause empêche également que l'on reproche à la GSG de contrevenir au droit communautaire, ce qui ne manquerait pas sinon de se produire : même si aucune directive CE particulière n'a été encore adoptée pour une catégorie de produits donnée, l'article 28 du Traité CE accorde en effet la liberté de la circulation transfrontalière des marchandises, non-obstant les restrictions nationales. En vertu d'une décision de la Cour de justice européenne de 1986 relative aux machines pour le travail du bois, les États de l'EU sont tenus de reconnaître les normes d'autres États membres, quand les objectifs de ces normes en matière de protection sont identiques.

En l'absence de normes harmonisées dans le domaine harmonisé par des directives, il est stipulé, notamment dans la directive Machines, à l'art. 5 paragr. 1 phrase 2, que « les États membres prennent les dispositions nécessaires pour que soient portées à la connaissance des parties concernées les normes et spécifications techniques nationales existantes qui sont considérées comme documents importants ou utiles pour l'application correcte des exigences essentielles de sécurité et de santé ». Concernant ces normes il y a toutefois tout lieu d'être sceptique, car elles sont souvent plus anciennes que la directive concernée. Ceci vient du fait que la normalisation nationale est soumise à une clause de statu quo, dès qu'une procédure de normalisation sur le même sujet est introduite au niveau européen. Elles ne déclenchent pas de présomption de conformité et leur respect ne constitue pas une preuve juridiquement valable que la directive est également respectée. Elles peuvent donc être tout au plus « utiles ou importantes » pour déterminer la limite inférieure d'une possible sécurité, ou en tant qu'exemples de solutions techniques face aux situations de risques et constituent donc matière à réflexion.

*Dr. Thomas Klindt*



Dr. Thomas Klindt  
Avocat spécialisé dans  
le droit administratif  
Associé du cabinet  
Brandt, Dröge, Piltz,  
Heuer & Gronemeyer,  
Paderborn  
(www.bdpfhg.de)

<sup>1</sup> Pour autant qu'il ne s'agit pas d'une machine dans l'esprit de la directive Machines, ni d'un jouet dans l'esprit de la directive Jouets.

<sup>2</sup> Art. 3 paragr. 1 phrase 3 GSG

<sup>3</sup> DIN: Institut allemand de normalisation

VDE: Fédération allemande de l'électrotechnique, de l'électronique et la technique d'information

DVGW: Association allemande de l'industrie du gaz et de l'eau

## Konformitätsvermutung – Rechtssicherheit durch Normen?

Harmonisierte Normen sind eine unverzichtbare Orientierungshilfe für Hersteller und Marktüberwachungsbehörden. Die durch die Anwendung geeigneter harmonisierter Normen ausgelöste Konformitätsvermutung stellt ein wesentliches Element des Binnenmarktes dar. Damit Hersteller und Marktaufsichtsbehörden davon ausgehen können, dass die Anwendung harmonisierter Normen eine gewisse Rechtssicherheit auslöst, müssen bestimmte Bedingungen erfüllt sein.

Zur Einhaltung der für alle Marktteilnehmer verbindlichen EG-Richtlinien sind Hersteller nicht verpflichtet, nach harmonisierten Normen zu konstruieren. Sie können die Einhaltung von Richtlinien auch durch alternative Lösungen erreichen. In diesem Fall kann die Marktaufsichtsbehörde jedoch vom Hersteller verlangen, dass er die Richtlinienkonformität nachweist. Die Beweislast liegt also in diesem Fall beim Hersteller.

Bei Produkten, die nach geeigneten harmonisierten Normen konstruiert wurden, müssen Marktaufsichtsbehörden davon ausgehen, dass die von diesen Normen abgedeckten wesentlichen Anforderungen der anzuwendenden Richtlinie(n) erfüllt sind. Die Produkte gelten als richtlinienkonform (Konformitätsvermutung). Bestehen daran Zweifel, können die Behörden im Rahmen von so genannten Schutzklauselverfahren den freien Verkehr solcher Produkte nur dann behindern, wenn sie selbst den Nachweis erbringen, dass wesentliche Anforderungen der entsprechenden Richtlinien nicht erfüllt sind. Somit wird die Beweislast durch die Anwendung geeigneter harmonisierter Normen umgekehrt.

### Eignung harmonisierter Normen

Normen, die geeignet sind, die Konformitätsvermutung auszulösen, sind harmonisierte Normen, deren Fundstellen im EG-Amtsblatt veröffentlicht wurden und die einer oder mehreren grundlegenden Anforderungen von Binnenmarktrichtlinien entsprechen<sup>1</sup>. Sie wurden von den europäischen Normungsorganisationen im Auftrag der Kommission (Mandat) erarbeitet und formell vorgelegt. Bei ihrer Erstellung bemühen sich die Normungsorganisationen darum, dass alle interessierten Kreise (Hersteller, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Behörden, Berufsgenossenschaften, Verbraucher etc.) ihren Sachverstand einbringen. Dies ist eine grundlegende Voraussetzung dafür, dass die Anforderungen der Norm allgemein anerkannt werden. Darüber hinaus trägt dies wesentlich dazu bei, dass das von Artikel 95 EG-Vertrag geforderte hohe

Schutzniveau in den Normen realisiert wird.

Die Vereinbarkeit der Norm-Entwürfe mit den wesentlichen Anforderungen der Richtlinie(n) und mit den Mandaten der Kommission wird von Consultants geprüft. Die Aufgabe dieser technischen Experten besteht darin, Abweichungen zur Richtlinie oder Lücken sowie Widersprüche zu Normen anderer Gremien festzustellen und diese Informationen an die Normungsorganisation und die EU-Kommission weiterzuleiten. Consultants unterstehen dem Generalsekretariat der europäischen Normungsorganisation und werden im Einverständnis mit der Kommission auf Grund ihrer besonderen Qualifikation bestellt.

### Grenzen der Konformitätsvermutung

Stellt sich heraus, dass die Richtlinienanforderungen in einer Norm nicht ausreichend konkretisiert wurden, kann die EU-Kommission die Fundstelle im Amtsblatt der EG vollständig zurückziehen oder mit Einschränkungen versehen. Im zweiten Falle gilt die Konformitätsvermutung dann für bestimmte wesentliche Anforderungen der Richtlinie(n), die in der bestehenden Norm nicht oder nicht ausreichend behandelt werden, explizit nicht. Ein allgemein gültiger Grundsatz des Neuen Konzepts lautet ohnehin: Deckt eine harmonisierte Norm nicht alle wesentlichen Anforderungen ab, gilt die Konformitätsvermutung nur für die wesentlichen Anforderungen, die sie behandelt.

Es ist im Interesse aller beteiligten Kreise, dafür zu sorgen, dass Normen im Bereich des Neuen Konzepts die wesentlichen Anforderungen der einschlägigen Richtlinien so behandeln, dass das von Artikel 95 EG-Vertrag geforderte hohe Schutzniveau unter Berücksichtigung des Standes der Technik und des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit erreicht wird. Wenn dies gelingt und die harmonisierten Normen korrekt angewandt werden, bedeutet die Konformitätsvermutung praktisch Rechtssicherheit: Der Hersteller darf davon ausgehen, dass er seine Pflichten in Bezug auf die wesentlichen Anforderungen der Richtlinie erfüllt und keine Behinderungen bei der Vermarktung seiner Produkte befürchten muss.

*Corado Mattiuzzo*



Freier Warenverkehr nur bei hohem Schutzniveau

<sup>1</sup>Ausnahme Niederspannungsrichtlinie: Veröffentlichung als nationale Norm löst bereits die Konformitätsvermutung aus; Fundstellen werden nur zur Information im Amtsblatt veröffentlicht.

Weitere Informationen („Blue Guide“ der EU-Kommission):  
<http://europa.eu.int/comm/enterprise/newapproach/legislation/guide/legislation.htm>

Corado Mattiuzzo  
Tel. 02241-231-3450  
mattiuzzo@kan.de

## Presumption of conformity – legal security through standards?

Harmonized standards represent an indispensable guide for manufacturers and market surveillance authorities. The presumption of conformity to which the application of suitable harmonized standards gives rise represents an essential element of the Single Market. In order for manufacturers and market surveillance authorities to be able to assume that the application of harmonized standards provides a certain legal security, certain conditions must be met.

Manufacturers are not obliged to design their products in accordance with harmonized standards in order to comply with the European directives which are binding upon all market players; they may fulfil the requirements of the directives by alternative means. In this case, the market surveillance authorities may however require the manufacturer to demonstrate conformity with the directive. The burden of proof thus lies with the manufacturer in this case.

Where products have been designed in accordance with suitable harmonized standards, market surveillance authorities are obliged to assume that the essential requirements of the applicable directive(s) which are covered by these standards have been fulfilled. The products are deemed to comply with the directives (presumption of conformity). Should this compliance be in doubt, the authorities may obstruct the free distribution of such products by means of a "safeguard procedure" only if they can demonstrate themselves that essential requirements of the relevant directives are not met. The use of suitable harmonized standards thus reverses the burden of proof.

### Suitability of harmonized standards

Standards which are suitable for giving rise to the presumption of conformity are harmonized standards whose references have been published in the Official Journal of the European Communities and which meet one or more essential requirements of Single Market directives<sup>1</sup>. Such standards are drafted by the European standards organizations and presented formally in response to a mandate from the Commission. During development of each standard, the standards organizations endeavor to include expertise from all interested parties (manufacturers, employers' and employees' representative bodies, public authorities, institutions for statutory accident insurance and prevention, consumers, etc.). This is a basic prerequisite for the requirements of the standards to receive general recognition, and also contributes substantially to their being formulated at the high

safety standard required by Article 95 of the EC Treaty.

The draft standards are reviewed by consultants for their compatibility with the essential requirements of the directive(s) and with the Commission's mandates. The role of these technical experts is to identify deviations or omissions with respect to the directive or contradictions to standards drafted by other committees, and to relay these findings to the standards organization and the European Commission. Consultants are responsible to the secretary-general of the European standards organization and are appointed in agreement with the European Commission on the basis of their particular qualifications.

### Limits to the presumption of conformity

Should a standard be found not to provide sufficient support for the requirements of the directive(s), the European Commission may completely withdraw the reference in the Official Journal of the EC, or attach restrictions to it. In the latter case, the presumption of conformity explicitly excludes from its scope of application certain essential requirements of the directive(s) which are specified inadequately or not at all in the existing standard. A general principle of the New Approach is in any case that where a harmonized standard fails to cover all essential requirements, the presumption of conformity applies only to the essential requirements which it does address.

It is in the interest of all stakeholders to ensure that New Approach directives address the essential requirements of the relevant directives in such a manner that the high level of protection required by Article 95 of the EC Treaty is reached in consideration of the state of the art and the principle of proportionality. Where this is achieved and the harmonized standards are applied properly, the presumption of conformity effectively provides legal security: the manufacturer may assume that he has fulfilled his duties with regard to the essential requirements of the directive and need not fear any obstruction to the marketing of his products.

*Corrado Mattiuzzo*



Free trade in products only in conjunction with a high level of protection

<sup>1</sup> Exception Low Voltage Directive: publication as a national standard gives rise of itself to a presumption of conformity; references are published in the Official Journal only for information.

Further information (European Commission "Blue Guide"): <http://europa.eu.int/comm/enterprise/newapproach/legislation/guide/legislation.htm>.

## La présomption de conformité – Les normes offrent-elles une garantie juridique ?

Tant pour les constructeurs que pour les autorités chargées de surveiller le marché, les normes harmonisées constituent un instrument indispensable, qui les aide à orienter leur action. La présomption de conformité déclenchée par l'application des normes harmonisées appropriées constitue un élément déterminant du Marché intérieur. Quelques conditions doivent néanmoins être réunies pour que les constructeurs et les autorités chargées de surveiller le marché puissent être sûrs que l'application de ces normes offre une certaine garantie juridique.

Pour respecter les directives CE – obligatoires pour tous les acteurs du marché – les constructeurs ne sont pas tenus d'appliquer les normes harmonisées pour concevoir leurs équipements. Ils peuvent tout aussi bien recourir à d'autres solutions. Dans ce cas, les autorités chargées de la surveillance du marché peuvent toutefois exiger du constructeur qu'il prouve que son matériel est conforme aux directives. C'est donc au constructeur qu'incombe, en l'occurrence, la charge de la preuve.

Dans le cas de produits conçus conformément aux normes harmonisées appropriées, les autorités chargées de surveiller le marché doivent partir du principe que les exigences essentielles de la/des directive(s) applicables couvertes par ces normes ont été respectées. Les produits sont donc considérés comme étant conformes aux directives (présomption de conformité). Si des doutes subsistent, les autorités peuvent, en invoquant la clause dite « de sauvegarde », empêcher la libre circulation de ces produits, à condition toutefois d'apporter la preuve que des exigences essentielles des directives concernées ne sont pas respectées. La charge de la preuve se trouve ainsi inversée du fait de l'application des normes harmonisées appropriées.

### Les normes harmonisées appropriées

Les normes capables de déclencher une présomption de conformité sont des normes harmonisées dont les références ont été publiées dans le Journal officiel de la CE, et qui sont conformes à une ou à plusieurs exigences essentielles des directives Marché unique<sup>1</sup>. Elles ont été rédigées par les organismes européens de normalisation à la demande de la Commission (mandat), et soumises en bonne et due forme. Lors de leur élaboration, les organismes de normalisation s'efforcent d'inciter tous les cercles intéressés (constructeurs, employeurs, employés, administrations, organismes d'assurance accident, consommateurs, etc.) à faire l'apport de leur expérience

professionnelle sur le sujet. Ceci constitue une condition fondamentale pour que les exigences de la norme soient généralement reconnues. De plus, cela contribue de manière déterminante à ce que le niveau de protection élevé exigé dans l'article 95 du Traité CE soit réalisé dans les normes.

La conformité des projets de norme avec les exigences essentielles de la/des directive(s) et avec les mandats de la Commission est vérifiée par des consultants. La mission de ces experts techniques consiste à relever tout écart par rapport à la directive, toute lacune, ou encore toute contradiction avec des normes provenant d'autres comités techniques, puis de transmettre ces informations à l'organisme de normalisation et à la Commission de l'UE. Les consultants sont soumis à l'autorité du Secrétariat général de l'organisme européen de normalisation, et sont désignés, avec l'accord de la Commission, en raison de leur qualification particulière.

### Les limites de la présomption de conformité

S'il s'avère que les exigences des directives n'ont pas été suffisamment concrétisées dans une norme, la Commission de l'UE peut en retirer complètement les références dans le Journal officiel de la CE, ou l'assortir de restrictions. Dans ce deuxième cas, la présomption de conformité ne s'applique pas aux exigences essentielles de la/des directives(s), précisées expressément, qui ne sont pas traitées – ou pas suffisamment – dans la norme en question. Un principe général de la Nouvelle Approche stipule, en tout état de cause, que, si une norme harmonisée ne couvre pas toutes les exigences essentielles, la présomption de conformité s'applique uniquement aux exigences essentielles traitées.

Il est de l'intérêt de tous les cercles concernés de faire en sorte que les normes basées sur les directives Nouvelle Approche traitent les exigences essentielles des directives pertinentes de manière telle que le niveau de protection élevé exigé dans l'article 95 du Traité CE soit atteint, en tenant compte du principe de la proportionnalité et de l'état de l'art. Si cela réussit, et que les normes harmonisées sont appliquées correctement, la présomption de conformité est pratiquement synonyme de garantie juridique: le constructeur peut alors partir du principe qu'il s'est acquitté de ses obligations relatives aux exigences essentielles de la directive, et qu'il n'aura aucun obstacle à craindre pour la commercialisation de ses produits.

*Corrado Mattiuzzo*

La libre circulation des marchandises implique un niveau élevé de protection

<sup>1</sup> Une exception – la directive Basse tension: la publication en tant que normes nationales déclenche déjà la présomption de conformité, les références n'étant publiées dans le Journal officiel que pour information.

Pour plus d'informations: (« guide bleu » de la Commission européenne): <http://europa.eu.int/comm/enterprise/newapproach/legislation/guide/legislation.htm>

## Die Rolle des Anhang ZA in Europäischen Normen

Zurzeit diskutieren die Normenorganisationen über die Empfehlung der Europäischen Kommission, in harmonisierten Europäischen Normen eine Entsprechungstabelle verbindlich einzuführen. In einer solchen Tabelle sollen die einzelnen Abschnitte einer Norm den wesentlichen EG-Richtlinienanforderungen<sup>1</sup> zugeordnet werden.

Die Idee ist nicht neu und wird in einigen Normungsfeldern, wie bei den persönlichen Schutzausrüstungen, größtenteils praktiziert. Bereits 1994 hatte CEN beschlossen, Normentwürfe im Bereich der Neuen Konzeption mit einem Vorwort und einem Anhang zu versehen, die auf den Zusammenhang mit Europäischen Rechtsbestimmungen hinweisen. Wie detailliert dies erfolgt, wurde bisher den Technischen Komitees überlassen.

1999 hat der EU-Ministerrat in seiner Entschließung zur Funktion der Normung<sup>2</sup> die Europäische Kommission aufgefordert, durch Mandate abgedeckte Normungsaktivitäten sorgfältig zu überwachen. Als Antwort darauf empfiehlt die Europäische Kommission, dass die Normenorganisationen grundsätzlich detaillierte Entsprechungstabellen veröffentlichen.

### Skepsis bei Normenorganisationen

Unnötiger Mehraufwand ohne wirklichen Nutzen, lautete die Kritik insbesondere aus den Reihen der elektrotechnischen und Maschinennormung. Eine detaillierte Entsprechungstabelle könnte sehr leicht unübersichtlich werden, da eine Eins-zu-eins-Korrelation von Richtlinien- und Normanforderungen oft nicht vorliegt. So wird eine Anforderung der Richtlinie häufig in mehreren Normabschnitten behandelt (z.B. bei den konstruktiven Maßnahmen und im Abschnitt Benutzerinformationen). Noch komplexer wird es, wenn eine Norm mehrere EG-Richtlinien abdecken soll.

Der von den Behörden vertretene Standpunkt lautet, dass ein Hinweis auf den Richtlinienbezug die an der Normung interessierten Kreise bereits in der Entwurfsphase eines Normprojektes dahingehend sensibilisiert, dass hier eine Norm erarbeitet wird, die europäisches Recht konkretisieren soll. Den Behörden und Consultants helfe eine Entsprechungstabelle zu überprüfen, ob die Richtlinie und das Normungsmandat eingehalten werden. Außerdem bringe eine solche Tabelle mehr Transparenz für den Hersteller, inwieweit er rechtliche Bestimmungen durch die Anwendung der Norm einhalten und dadurch ggf. die Konformitätsvermutung beanspruchen kann (s. a. Artikel S. 5).

### Kompromiss in Sicht?

Bei CEN wird überlegt, wie die Vorstellungen der Europäischen Kommission aufgegriffen werden könnten. Man könnte, geringfügig modifiziert, weiterhin im Vorwort und im Anhang ZA auf den Richtlinienbezug hinweisen. Vorzugsweise sollte eine detaillierte Entsprechungstabelle in den Anhang ZA aufgenommen werden. Alternativ könnte gestattet werden, auf eine Entsprechungstabelle für den Fall zu verzichten, dass die Norm ausschließlich dazu dient, Richtlinienanforderungen zu konkretisieren und alle relevanten wesentlichen Anforderungen der EG-Richtlinie(n) in der Norm abgedeckt werden. Wenn nur einzelne Anforderungen nicht behandelt werden, könnten diese auch als Negativliste aufgeführt werden.

Der von CEN erwogene Ansatz könnte für alle harmonisierten Europäischen Normen wegweisend sein und liegt inzwischen auch CENELEC zur Diskussion vor. Beim Verzicht auf eine Entsprechungstabelle müsste aber unmissverständlich in der Norm stehen, dass **alle** relevanten wesentlichen Richtlinienanforderungen erfüllt werden. Welche Anforderungen relevant sind, ergibt sich aus den Gefährdungen, die das genormte Produkt aufweist und die das Normungsgremium identifiziert. Wie ohne Entsprechungstabelle von den Consultants die Übereinstimmung von Richtlinie und Norm möglichst effektiv überprüft werden kann, sollte weiter beraten werden. Interne Checklisten könnten hier beispielsweise hilfreich sein.

### Übernahme von internationalen Normen

Eine weitere Herausforderung stellt die zunehmende internationale Normungsarbeit dar. Ideal wäre es, internationale Normen so abzufassen, dass sie dem europäischen Rechtsrahmen entsprechen. Allerdings kann nicht erwartet werden, dass in internationalen Gremien alle europäischen Vorgaben akzeptiert werden. Eine für die europäische Übernahme vorgesehene internationale Norm müsste jedoch spätestens bei ihrer Vorlage als Europäischer Normentwurf einen Anhang ZA (ggf. mit Entsprechungstabelle) enthalten. Nahelegenderweise könnte diese Aufgabe von den europäischen Vertretern im internationalen Normungsgremium übernommen werden. In die weitere Diskussion zum Anhang ZA müssen daher die Abhängigkeiten zwischen europäischer und internationaler Normung mit einbezogen werden.

Werner Sterk



Europäische Kommission fordert Entsprechungstabelle

<sup>1</sup>Die „wesentlichen Anforderungen“ sind im Anhang der Richtlinien gesondert aufgeführt.

<sup>2</sup>s. Punkt 25 der Entschließung (EG-Amtsblatt C 141 vom 19.5.2000)



## The function of Annex ZA in European standards

At present, the standards organizations are discussing the European Commission's recommendation for mandatory inclusion of a table of correspondence in harmonized European standards. The individual sections of a standard would be listed in such a table with the corresponding essential requirements of EC directives<sup>1</sup>.

This idea is not a new one and has for the greater part been adopted in certain areas of standardization, such as that of personal protective equipment. In 1994 CEN took the decision to provide New Approach draft standards with a foreword and an annex which would refer to the relationship to legislative provisions of the EU. The detail with which this is pursued has in the past been at the discretion of individual technical committees.

In its Resolution on the role of standardization in Europe<sup>2</sup> in 1999, the EU Council of Ministers instructed the European Commission to carefully monitor standardization activity performed on the basis of mandates. In response, the European Commission recommends that the standards organizations should publish detailed tables of correspondence as a general rule.

### Scepticism among the standards organizations

Committees responsible for electrical and machinery standards, in particular, have criticized this move for increasing the workload unnecessarily whilst yielding no real benefit. A detailed table of correspondence could easily become confusing, as a one-to-one correspondence between the requirements of the directives and those of the standards frequently does not exist. A requirement posed by a directive may for example be dealt with in several sections of a standard (for example in the design measures and in the section governing user information). The situation is even more complex when a standard is to cover several EC directives.

The position adopted by the authorities is that drawing attention to the correspondence to the directive raises the awareness of parties to standardization at the draft phase of standards development to the fact that the standard being drafted has the function of supporting European law. The public authorities and consultants, it is claimed, are assisted by a table of correspondence in their review of whether the directive and the standardization mandate are being observed. Such a table would in their view also provide greater transparency for manufacturers by revealing the extent to which they can observe statutory provisions by applying the standard and

thus lay claim to the presumption of conformity where applicable (see also the article on Page 6).

### A possible compromise

CEN is considering how the concept envisaged by the European Commission might be implemented. CEN conceives of the reference to the directive being retained in slightly modified form in the foreword, and in Annex ZA. A detailed table of correspondence should preferably be incorporated into Annex ZA. Alternatively, permission might be granted for a table of correspondence to be omitted in cases where the purpose of the standard is solely to support the requirements of directives, and all relevant essential requirements of the EC directive(s) are covered in the standard. Should only isolated requirements not be addressed, these could also be identified by a corresponding list.

The approach considered by CEN could pave the way to similar arrangements for all harmonized European standards and has now been presented to CENELEC. Should no table of correspondence be provided, the standard would however have to state unequivocally that **all** relevant essential requirements of the directive(s) are met. Which of the requirements are relevant can be determined from the hazards exhibited by the standardized products and identified by the standards committee. The means by which the consultants should most effectively be able to review the agreement between the directive and the standard must be discussed further. Internal checklists could for example be useful here.

### Adoption of international standards

The increase in international standardization activity represents a further challenge. Ideally, international standards should be formulated such that they comply with the European statutory framework. International committees cannot be expected to adopt all European proposals, however. An international standard planned for adoption at the European level would however be required to contain an Annex ZA (with table of correspondence where applicable) no later than its presentation as a European draft standard. A practical solution would be for this task to be assumed by the European representatives on the international standards committee. The mutual dependencies between European and international standardization must therefore be given consideration during further discussion of Annex ZA.

*Werner Sterk*

European Commission seeks table of correspondence



Werner Sterk  
Tel. 02241-231-3460  
sterk@kan.de

<sup>1</sup>The essential requirements are itemized in the Annex to the directives

<sup>2</sup>Refer to Point 25 of the resolution (OJ EC C 141 of 19 May 2000)

## Le rôle de l'Annexe ZA dans les normes européennes

Les organismes de normalisation examinent actuellement une recommandation de la Commission européenne sur l'introduction obligatoire d'un tableau de correspondance dans les normes européennes harmonisées. Ce tableau servirait à établir le lien entre les différents passages d'une norme et les exigences essentielles des directives CE<sup>1</sup>.

L'idée n'est pas nouvelle, et est déjà largement pratiquée dans certains domaines de normalisation, notamment pour les EPI. En 1994, le CEN avait déjà décidé de doter les projets de normes basés sur les directives Nouvelle Approche d'un avant-propos et d'une annexe précisant les correspondances avec les réglementations européennes. Jusqu'à présent, c'est aux Comités techniques qu'a été laissé le soin de déterminer avec quel niveau de détail cela doit se faire.

En 1999, le Conseil européen a, dans sa résolution sur le rôle de la normalisation<sup>2</sup>, invité la Commission à veiller à ce que les activités de normalisation couvertes par les mandats soient suivies de près. En réponse, la Commission recommande que les organismes de normalisation publient systématiquement des tableaux de correspondance détaillés.

### Scepticisme des organismes de normalisation

La critique ne s'est pas faite attendre, en particulier de la part des comités chargés de la normalisation de l'électrotechnique et des machines, qui ont dénoncé un travail supplémentaire superflu, sans réel avantage. Un tableau détaillé de correspondance pourrait facilement devenir embrouillé, car il n'existe souvent pas de correspondance « un à un » entre les exigences des normes et celles des directives. Il arrive souvent qu'une exigence de la directive soit traitée dans plusieurs passages de la norme (p.ex. au sujet des mesures à prendre lors de la conception et dans le chapitre Information pour l'utilisation). Le problème devient encore plus complexe quand une norme doit couvrir plusieurs directives CE.

Les autorités avancent que le fait même de signaler que l'on se réfère à une directive permettrait de sensibiliser les cercles intéressés par la normalisation dès la phase de projet d'une norme, en leur indiquant qu'elle est destinée à concrétiser la législation européenne. Un tableau de correspondance aiderait les autorités et les consultants à vérifier que la directive et le mandat de normalisation ont été bien respectés, et permettrait en outre au constructeur de savoir dans quelle mesure il peut respecter des prescriptions juridiques en appliquant la norme, et de ce fait, re-

vendiquer la présomption de conformité (cf. article p. 7).

### Un compromis en vue ?

Au CEN, on réfléchit actuellement sur la manière dont les idées de la Commission pourraient être mises en pratique. L'option envisagée serait de continuer à indiquer la correspondance avec la directive, dans l'avant-propos et dans l'annexe ZA, sous une forme légèrement modifiée, en intégrant de préférence un tableau de correspondance dans l'Annexe ZA. Il serait possible d'autoriser l'absence d'un tableau de correspondance pour le cas où la norme sert uniquement à concrétiser les exigences d'une/de plusieurs directive(s) CE, et où toutes les exigences essentielles pertinentes de la/des directive(s) sont couvertes par la norme. Si certaines exigences seulement ne sont pas traitées, elles pourraient être reprises dans une « liste négative ».

L'approche envisagée par le CEN pourrait montrer la voie à suivre pour toutes les normes européennes harmonisées, et a été entre-temps soumise au CENELEC, pour discussion. Si l'on renonce à un tableau de correspondance, il faudra alors préciser sans équivoque dans la norme que **toutes** les exigences essentielles pertinentes de la directive sont respectées, la nature de ces exigences pertinentes découlant des risques inhérents au produit normalisé, et identifiés par l'organisme de normalisation. Il conviendra d'examiner par la suite comment, en l'absence d'un tableau de correspondance, les consultants pourront vérifier aussi efficacement que possible qu'il y a conformité entre la directive et la norme. Des check-lists internes, par exemple, pourraient ici s'avérer utiles.

### Mise en application de normes internationales

Un autre défi réside dans l'internationalisation croissante du travail de normalisation. L'idéal serait de rédiger les normes internationales de manière à ce qu'elles soient conformes à la législation-cadre européenne, mais on ne peut pas exiger des organismes internationaux qu'ils acceptent toutes les prescriptions européennes. Une norme internationale prévue pour une mise en application européenne devrait toutefois contenir une Annexe ZA (si nécessaire avec un tableau de correspondance), au plus tard lors de sa présentation en tant que projet de norme européen. Il semblerait logique que cette tâche soit assumée par les représentants européens au sein des organismes internationaux de normalisation. Pour la suite de la discussion relative à l'Annexe ZA, il faudra donc prendre en compte la correspondance entre les normalisations européenne et internationale.

Werner Sterk



La Commission européenne réclame un tableau de correspondance

<sup>1</sup> Les « exigences essentielles » sont indiquées séparément dans l'annexe des directives.

<sup>2</sup> cf. point 25 de la Résolution (Journal officiel C 141 du 19.5.2000)

## Stand der EU-Beitrittsverhandlungen: PECA

Am 1. Mai 2004 werden voraussichtlich zehn neue Mitgliedstaaten in die Europäische Union aufgenommen, Rumänien und Bulgarien sollen 2007 folgen. Vor dem Beitritt müssen die nationalen Gesetzgebungen an das gültige Gemeinschaftsrecht angepasst werden. Dabei sind die zwischen den Beitrittsstaaten und den Europäischen Gemeinschaften geschlossenen PECA<sup>1</sup>-Abkommen ein geeignetes Mittel zur schrittweisen sektoriellen Anpassung im Bereich des freien Warenverkehrs.

PECA-Abkommen erleichtern den Beitrittsländern die Übernahme und die praktische Umsetzung des Gemeinschaftsrechts, indem sie ihnen bereits vor dem offiziellen Beitrittstermin Zugang zu einzelnen Sektoren des Europäischen Binnenmarktes gewähren. Voraussetzung für ein PECA-Abkommen ist jedoch, dass der Beitrittsstaat für den betreffenden Bereich des freien Warenverkehrs das Gemeinschaftsrecht umgesetzt hat. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Normung, Akkreditierung, Konformitätsbewertung und Marktüberwachung.

Ist ein PECA-Abkommen abgeschlossen, können bis zum Beitritt alternativ noch national bestehende Bestimmungen angewandt werden, solange der freie Warenverkehr dadurch nicht eingeschränkt wird. Bestimmungen, die vom Europäischen Binnenmarkt abweichen, müssen allerdings spätestens zum Beitrittstermin gestrichen werden, d.h. dass Produkte, die nach dem Beitrittstermin in Verkehr gebracht werden, den Anforderungen der relevanten Binnenmarkttrichtlinien entsprechen müssen. Es ist denkbar, dass für Produkte, die bereits vor dem Beitritt hergestellt, aber noch nicht in Umlauf gebracht wurden, im Ausnahmefall Übergangsfristen vereinbart werden.

Zurzeit existieren PECA-Abkommen hauptsächlich für Maschinen und Niederspannungsprodukte. Die Tabelle (s.u.) zeigt eine Übersicht über den derzeitigen Stand der Verhandlungen für alle Beitrittsländer in ausgewählten Produktsektoren. Die Ursachen für den unterschiedlichen Stand

der Verhandlungen sind vielschichtig. Zu nennen sind unter anderem Unterschiede in den nationalen Verfahrensabläufen bei Gesetzesänderungen und der Kompatibilität des vorhandenen Rechts mit dem Gemeinschaftsrecht. In Ländern mit sehr komplexem Rechtsgefüge gestaltet sich eine Anpassung unter Umständen schwieriger.

Im Zuge der Umsetzung der PECA-Abkommen können in folgenden Bereichen Probleme auftreten:

- Die bisher in den Beitrittsstaaten für die meisten technischen Bereiche verpflichtende Dritt Zertifizierung durch Notifizierte Stellen entfällt für Niederspannungsprodukte und einen großen Teil von Maschinen. An ihre Stelle tritt nun die Selbstzertifizierung der Hersteller, die dadurch mehr Eigenverantwortung für die Sicherheit ihrer Produkte übernehmen müssen.
- Durch den Wegfall der Dritt Zertifizierung in vielen Bereichen muss zur Überprüfung der Sicherheit von Produkten eine funktionierende Marktüberwachung aufgebaut werden.
- Hersteller, Behörden und Notifizierte Stellen haben sich in der Praxis auf die europäischen Konformitätsbewertungsverfahren einzustellen.
- Verfahren zur Akkreditierung von Notifizierten Stellen müssen den Verfahren der Europäischen Mitgliedstaaten äquivalent sein.
- Normungsverfahren und -strukturen müssen mit den europäischen Abläufen in CEN und CENELEC abgestimmt werden.

Mit den PECA-Abkommen ist die gesetzliche Voraussetzung für einen frühzeitigen uneingeschränkten Warenverkehr in den betreffenden Sektoren zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den Beitrittsländern geschaffen. Derzeit gibt es keinen Hinweis, dass durch die Erweiterung unsichere Produkte auf den Markt gelangen. Im Bereich der elektrischen Betriebsmittel sind die Marktaufsichtsbehörden der Beitrittsstaaten bereits aktiv geworden und haben der Kommission unsichere Produkte gemeldet.

Dr. Georg Hilpert



PECA:  
ein Instrument  
zur Integration der  
Beitrittskandidaten  
in die EU

<sup>1</sup> Protocols to the Europe  
Agreements on Conformity  
Assessment and Acceptance  
of Industrial Products  
[http://europa.eu.int/  
comm/enterprise/  
regulation/pecas/pecas.htm](http://europa.eu.int/comm/enterprise/regulation/pecas/pecas.htm)

Stand der PECA-Abkommen												
Beitritt	ab 2004										ab 2007	
	CZ	HU	LV	LT	M	SK	SLO	EST	PL	CY	BG	RO
Richtlinie												
Niederspannung	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■
Maschinen	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■
PSA	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■
Aufzug	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■
Atex	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■
Druckgeräte	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■

■ ratifiziert  
■ Verhandlungen  
abgeschlossen  
■ in Verhandlung/  
vorgeschlagen

## Progress of EU accession negotiations: PECA

Ten new member states are expected to be welcomed into the European Union on 1 May 2004. Romania and Bulgaria are to follow in 2007. Prior to accession, the national legislation of these countries must be brought into line with current Community law. The PECA<sup>1</sup> agreements reached between the candidate countries and the European Communities are a suitable instrument for sector-by-sector alignment within the area of the free movement of goods.

PECA agreements facilitate adoption and practical implementation of Community law by the candidate countries for EU membership, as they permit access to individual sectors of the European Single Market prior to the official accession date. A PECA agreement is however conditional upon the candidate country having implemented Community law for the corresponding area of free movement of goods. This particularly holds true for the areas of standardization, accreditation, conformity assessment and market surveillance.

Once a PECA agreement has been reached, existing national provisions may continue to be applied until accession, provided they do not hinder the free movement of goods. Provisions deviating from those of the European Single Market must however be lifted not later than the date of accession. This means that products distributed after the date of accession must meet the requirements of the relevant Single Market Directives. Transitional periods may be agreed in exceptional cases for products manufactured prior to accession but not distributed until afterwards.

PECA agreements are already in place, primarily for machinery and low-voltage products. The table (see below) shows an overview of the current progress of negotiations for all candidate countries in selected product sectors. There are several reasons for discrepancies in the progress of negotiations. These include differences in the national procedures governing changes to legislation, and in the compatibility of

existing legislation with Community law. Alignment may be more difficult in countries with very complex legal structures.

Problems may arise in the following areas during implementation of the PECA agreements:

- Third-party certification by notified bodies, which was formerly mandatory in the candidate countries for the majority of technical areas, now no longer applies to low-voltage products and to a large proportion of machines. Its place has been taken by self-certification by the manufacturers, who must accordingly assume greater responsibility for the safety of their products.
- Owing to the abolition of third-party certification in many areas, a functioning market surveillance system must be set up for inspection of product safety.
- Manufacturers, public authorities, and notified bodies must adjust in practice to the European conformity assessment procedures.
- Procedures for the accreditation of notified bodies must be equivalent to the procedures applicable to EU member states.
- Standardization procedures and structures must be co-ordinated with the EU-wide procedures in CEN and CENELEC.

The PECA agreements have created the statutory basis for early unimpeded movement of goods in the sectors concerned between the European Communities and the candidate countries for EU membership. There is no evidence at the present time that unsafe products are reaching the market as a result of enlargement. The market surveillance authorities of the candidate countries have already assumed their tasks in the area of electrical appliances, and have reported unsafe products to the European Commission.

*Dr. Georg Hilpert*



PECA: an instrument for integration of the candidate countries into the EU

<sup>1</sup> Protocols to the Europe Agreements on Conformity Assessment and Acceptance of Industrial Products  
<http://europa.eu.int/comm/enterprise/regulation/pecas/pecas.htm>

Progress of the PECA agreements												
Accession	envisaged 2004											2007
	CZ	HU	LV	LT	M	SK	SLO	EST	PL	CY	BG	RO
Directives												
Low-voltage												
Machinery												
PPE												
Elevators												
Atex												
Pressure equipment												

- ratified
- negotiations completed
- negotiations in progress/proposed

## L'état des négociations sur l'élargissement de l'UE : les PECA

Le 1<sup>er</sup> mai 2004, dix nouveaux États doivent rejoindre l'Union européenne, suivis, en 2007, par la Roumanie et la Bulgarie. Avant l'adhésion de ces pays, leurs législations nationales doivent être alignées sur le droit communautaire en vigueur. Les protocoles d'accord PECA<sup>1</sup> passés entre les pays candidats et l'Union européenne constituent un instrument adéquat, qui devrait permettre un alignement progressif, secteur par secteur, dans le domaine de la libre circulation des marchandises.

En permettant aux pays candidats d'avoir accès aux différents secteurs du Marché unique européen avant leur adhésion officielle à l'UE, les PECA leur permettront de transposer et d'appliquer plus facilement la législation communautaire. Pour pouvoir conclure un PECA, le pays candidat doit avoir déjà adopté le droit communautaire pour le secteur concerné de la libre circulation des marchandises. Ceci vaut en particulier pour les domaines de la normalisation, de l'accréditation, de l'évaluation de conformité et de la surveillance du marché.

Si un PECA a été conclu, il est également possible, jusqu'à la date de l'adhésion, d'appliquer les réglementations nationales existantes, à condition que la libre circulation des marchandises ne s'en trouve pas entravée. Les réglementations qui s'écartent de celles du Marché unique devront toutefois être supprimées, au plus tard au moment de l'adhésion, ce qui signifie que les marchandises mises en circulation après cette date devront être en conformité avec les exigences des directives pertinentes. Il est possible que, exceptionnellement, des délais de transition soient accordés pour des produits qui n'ont pas été encore mis en circulation, bien qu'ayant été fabriqués avant l'adhésion.

Les PECA qui existent jusqu'à présent concernent principalement les machines et les produits basse tension. Le tableau ci-dessous donne un aperçu de l'état des négociations pour tous les pays candidats, dans des catégories de produits choisies. Les écarts constatés dans l'avancement des

négociations s'expliquent par diverses raisons, notamment par les différences au niveau des procédures à appliquer pour la modification de la législation, et par la compatibilité entre le droit national et le droit communautaire. Dans les pays à la structure juridique très complexe, l'alignement peut éventuellement s'avérer plus difficile. Lors de la mise en œuvre des PECA, des problèmes sont susceptibles de se présenter dans les domaines suivants :

- La certification par des organismes notifiés, jusqu'alors obligatoire dans les pays candidats pour la plupart des domaines techniques, est supprimée pour les produits basse tension et une grande partie des machines. Elle sera remplacée par l'autocertification par les fabricants qui doivent assumer une plus grande responsabilité pour la sécurité de leurs produits.
- Du fait de la suppression, dans de nombreux domaines, de la certification par un organisme tiers, il faut mettre en place un système opérationnel de surveillance du marché, afin de contrôler la sécurité des produits.
- Les fabricants, autorités et organismes notifiés doivent, dans la pratique, s'aligner sur les procédures européennes d'évaluation de la conformité.
- Les méthodes d'accréditation des organismes notifiés doivent être équivalentes à celles des États membres de l'UE.
- Les procédures et structures en matière de normalisation doivent être mises en adéquation avec les procédures européennes au sein du CEN et CENELEC.

Grâce aux PECA, les conditions juridiques sont réunies pour la libre circulation, à une date précoce, des marchandises des secteurs concernés, entre l'UE et les pays candidats. Actuellement, rien ne laisse présumer que l'élargissement de l'UE pourrait entraîner l'arrivée de produits à risques sur le marché. Dans le domaine des équipements électriques, les autorités chargées de la surveillance du marché sont déjà intervenues dans les pays candidats, et ont signalé à la Commission des produits non sûrs provenant de fabricants européens.

**PECA :**  
un outil pour l'intégration dans l'UE des pays candidats

<sup>1</sup> Protocoles aux accords européens sur l'évaluation de la conformité et l'acceptation des produits industriels

<http://europa.eu.int/comm/enterprise/regulation/pecas/pecas.htm>

Dr. Georg Hilpert  
Tel. 02241-231-3463

État d'avancement des protocoles d'accord PECA

Adhésion	à partir de 2004											2007
	CZ	HU	LV	LT	M	SK	SLO	EST	PL	CY	BG	RO
Directives												
Basse tension												
Machines												
EPI												
Ascenseurs												
Atex												
Équipements sous pression												

ratifié  
 négociations terminées  
 en cours de négociations/proposé

## Polen: Arbeitsschutz in Gesetzgebung und Normung

Wie in den EU-Ländern wird der Arbeitsschutz auch in Polen über Gesetze und Normen geregelt. Mit Erlass der ersten Vorschriften bereits im Jahre 1920 nahm in Polen die Geschichte der Arbeitsschutzgesetzgebung ihren Anfang. Heute ist das Recht auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen in der Verfassung verankert. Gesetze und Verordnungen enthalten eine Vielzahl detaillierter Anforderungen.

Die polnischen Arbeitsschutzvorschriften sind heute weitgehend an die rechtlichen Anforderungen in Europa angepasst. Das verbindliche Regelwerk umfasst auch einige technische Normen (Polskie Normy), die auf der Grundlage des Gesetzes zur Normung vom 12. September 2002 veröffentlicht wurden. Die Anwendung der polnischen Normen ist freiwillig, in Gesetzen kann jedoch auf sie verwiesen werden. In diesem Fall werden sie verpflichtend. Wie in den EU-Mitgliedstaaten ist ein direkter Verweis auf Normen nur dann möglich, wenn keine anderen Vorschriften anzuwenden sind.

### Das polnische Normungssystem

Eine Voraussetzung für die Mitarbeit Polens im CEN war zunächst der Status als assoziiertes Mitglied. Um diesen zu erlangen, mussten bestimmte grundsätzliche Änderungen des Rechtssystems vorgenommen werden. Das Gesetz vom 12. September 2002 zur Normung sieht nun vor:

- organisatorische Lösungen im Einklang mit der Praxis in den EU-Ländern wie die grundsätzliche Freiwilligkeit der Normenanwendung, die gemeinsame Erarbeitung von Normen, öffentliche Umfragen zu Normenentwürfen und Konsensorientierung als Voraussetzung für die Akzeptanz von Normen;
- Widerspruchsfreiheit von Normen und technischen Spezifikationen;
- die Möglichkeit, europäische Normen in direkter Übersetzung oder in der Originalsprache zu übernehmen
- die Möglichkeit, Produkte mit einem Konformitätszeichen für polnische Normen zu versehen. Deckt sich die polnische Norm mit einer europäischen Norm, ist durch das Zeichen erkennbar, dass die Produkte die Anforderungen der europäischen Norm erfüllen;
- Einsetzung von Normenausschüssen (TCs), deren Normungsfelder mit denen der CEN/TCs übereinstimmt.

Die nationale Normenorganisation Polens ist nach dem oben genannten Gesetz das Polnische Normungskomitee (PKN). Der Arbeitsschutz ist ein wichtiges Element seiner Arbeit und eines der grundlegenden Ziele der nationalen Normung.

### Normungsaktivitäten bei CIOP

Das PKN hat dem „Centralny Instytut Ochrony Pracy“ (CIOP – Zentralinstitut für Arbeitsschutz) die führende Rolle im Bereich des Arbeitsschutzes übertragen. Bei folgenden nationalen Normenausschüssen führt das CIOP die Sekretariate und hat den Vorsitz inne:

- persönliche Schutzausrüstungen
- physikalische Gefährdungen am Arbeitsplatz
- Sicherheit von Maschinen und technischen Anlagen, Ergonomie – Allgemeine Fragestellungen.

In folgenden Normenausschüssen haben ebenfalls CIOP-Mitarbeiter den Vorsitz inne; die Ausschüsse selbst sind jedoch beim PKN angesiedelt:

- chemische Gefährdungen oder Gefährdungen durch Stäube am Arbeitsplatz;
- Arbeitsschutzmanagement.

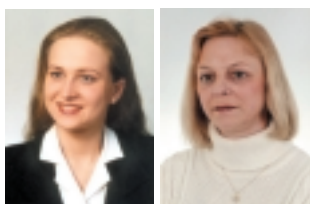
28 Mitarbeiter des CIOP beteiligen sich außerdem an der Normung in arbeitschutzrelevanten CEN und ISO/TCs. Zehn Mitglieder anderer polnischer Institutionen sind ebenfalls als Arbeitsschutzexperten in CEN-Normenausschüssen vertreten.

Die oben genannten polnischen Normenausschüsse im Bereich des Arbeitsschutzes kooperieren in Arbeitsschutzfragen (z.B. Maschinensicherheit oder Sicherheit beim Bergbau) mit anderen Normenausschüssen für spezifische Produkte/Produktgruppen. In den beim CIOP angesiedelten Normenausschüssen sind Vertreter einer Vielzahl weiterer Institutionen beteiligt, darunter die Technische Überwachungsbehörde, das Institut für maschinengestütztes Bauen und Steinabbau, die Medizinische Hochschule von Schlesien, das Forschungsinstitut für Bauprodukte, das zentrale Bergbauinstitut, das Institut für Arbeitsmedizin, das nationale Gesundheitsinstitut und das Institut für Gesundheit im ländlichen Raum.

Eine Voraussetzung für die Mitgliedschaft Polens im CEN ist die Übernahme von 80 % des europäischen Normenwerks. Dieses Ziel wurde sowohl durch die Übersetzung von Normen als auch durch die Übernahme von Dokumenten in der Originalsprache bereits erreicht.

Heute gibt es ca. 2125 polnische Normen mit Arbeitsschutzbezug. Darunter sind 213 Umsetzungen internationaler und 826 Umsetzungen europäischer Normen. 817 Normen (siehe Tabelle S. 15) wurden beim CIOP erarbeitet.

*Monika Drygala, Miroslawa Swiderska*



Monika Drygala  
Miroslawa Swiderska  
CIOP-Zentralinstitut  
für Arbeitsschutz

Info:  
[www.ciop.pl](http://www.ciop.pl)

## Poland: OSH in legislation and standardization

As in the EU countries, the area of OSH in Poland is governed by both legislation and standards. Legislation in this area has a very long tradition in Poland, the first regulations dating back to the 1920s. At present, the right to safe and healthy working conditions is enshrined in the constitution. Many detailed requirements have been specified in a large number of acts and decrees.

Today, Polish OSH regulations are to a great extent adapted to European legal requirements. The body of binding regulations also contains some technical standards (Polskie Normy – Polish Standards) published on the basis of the Act of 12 September 2002 concerning standardization. The application of Polish Standards is voluntary but reference to them in legislation is permitted. In such cases, standards are obligatory. As in EU member states, the possibility of a direct legal reference to standards is very restricted and only occurs in situations where no other regulations are applicable.

### The Polish system of standardization

One of the prerequisites for Poland to participate in European standardization was the acquisition of the status of an associate CEN member. It was necessary in this context to introduce certain major changes to the legal framework. The Act of 12 September 2002 on standardization now provides for

- organizational solutions conforming to the practice in EU countries: the general voluntary nature of the application of standards, the collective drafting of standards, public inquiries on draft standards, the reaching of consensus as a condition of standard acceptability;
- the consistency of standards and technical specifications;
- scope for the introduction of European standards by the use of direct translations or the original language document;
- scope for providing products with a mark of conformity to a Polish standard. In cases where the Polish standard is equivalent to a European standard, the mark indicates that these products meet the requirements of the European standard;
- appointment of Technical Committees (TCs) whose scope of activity corresponds to that of CEN/TCs.

On the basis of the above act, the national standardization organization is the Polish Committee for Standardization (PKN). The problem of occupational safety and health is an important element of its activity and one of the basic aims of national standardization.

### Standardization activity of CIOP

The PKN has entrusted the leading role in the field of occupational safety and health to the Central Institute for Labour Protection (CIOP). CIOP runs the secretariats of, and chairs, the following national technical committees:

- personal protective equipment
- physical hazards in the working environment,
- safety of machinery, technical equipment and ergonomics – general problems.

The following committees are also chaired by CIOP staff members but are based at the PKN:

- chemical and dust hazards in the working environment,
- occupational safety and health management.

Moreover, 28 staff members of CIOP are involved in the work of CEN and ISO TCs relevant to OSH. Ten members of other Polish institutions also serve as OSH experts in CEN committees.

Polish Standards developed in CIOP by Jan. '03	
n°	Subject
559	Test methods (chemicals)
55	Test methods (acoustics, vibration)
60	Machinery and equipment safety
21	Ergonomics
111	Personal Protective Equipment
8	Investigation of electromagnetic fields
3	OSH Management

The above Polish OSH committees cooperate with other technical committees for specific products/product groups on safety and health issues such as the safety of machinery, mining safety etc. The work in committees based at CIOP is carried out with the participation of a wide variety of other institutions such as the Office of Technical Inspection, the Institute for Mechanized Construction and Rock Mining, the Medical University of Silesia, the Construction Equipment Research Institute, the Central Mining Institute, the Institute of Occupational Medicine, the National Institute of Hygiene and the Institute of Agricultural Medicine.

In order to become a CEN member, Poland must implement 80 % of all European standards. This has already been accomplished by using both the translation method and the endorsement method.

To date some 2125 Polish standards relevant to OSH have been developed, 213 of which are implementations of international standards and 826 of European standards. 817 (see table) have been developed in CIOP.

*Monika Drygala, Mirosława Swiderska*



## Pologne : la prévention dans la législation et la normalisation

Comme dans les pays de l'UE, la prévention en Pologne est régie à la fois par des lois et par des normes. La législation dans ce domaine y a une longue tradition, puisque les premières réglementations datent de 1920. Aujourd'hui, le droit de travailler dans des conditions saines et sûres est ancré dans la constitution. Une multitude d'exigences détaillées font l'objet d'une quantité de lois et décrets.

Aujourd'hui, les réglementations polonaises en matière de prévention sont, dans une large mesure, adaptées aux exigences légales en vigueur en Europe. On trouve parmi les textes obligatoires un certain nombre de normes techniques (Polskie Normy) publiées sur la base de la loi du 12 septembre 2002 sur la normalisation. L'application des normes polonaises est volontaire, mais il est permis de s'y référer dans les lois, auquel cas elles deviennent obligatoires. Comme dans les États de l'UE, un renvoi direct aux normes dans les lois est possible uniquement si aucune autre réglementation n'est applicable.

### Le système polonais de normalisation

L'une des conditions pour que la Pologne puisse travailler au sein du CEN était qu'elle possède le statut de membre associé. Pour l'obtenir, il a d'abord fallu procéder à certaines modifications fondamentales du système juridique. La loi du 12 septembre 2002 prévoit désormais :

- des solutions organisationnelles en adéquation avec la pratique courante dans les pays de l'UE : le caractère volontaire de l'application des normes, la rédaction conjointe des normes, les enquêtes publiques sur les projets de normes, et la recherche d'un consensus comme condition de l'acceptabilité des normes ;
- la cohérence des normes et des spécifications techniques ;
- la possibilité d'adopter des normes européennes, soit sous forme de traductions, soit dans leur langue d'origine ;
- la possibilité de doter les produits d'un label attestant leur conformité avec les normes polonaises. Si la norme polonaise équivaut à une norme européenne, ce marquage indique que les produits sont conformes aux exigences de la norme européenne ;
- la mise en place de Comités techniques (TC), dont les domaines de normalisation correspondent à ceux des CEN/TC.

En vertu de la loi évoquée ci-dessus, c'est le Comité polonais de normalisation (PKN) qui est l'organisme officiel de normalisation. La sécurité et la santé au travail est un élément

important de son travail, et l'un des objectifs fondamentaux de la normalisation nationale.

### Le travail de normalisation au sein du CIOP

Le PKN a confié au « Centralny Instytut Ochrony Pracy » (CIOP – Institut central pour la prévention au travail) le rôle prédominant dans le domaine de la prévention. Le CIOP préside les comités techniques nationaux suivants, et en assume le secrétariat :

- équipements de protection individuelle
- risques physiques au poste de travail
- sécurité des machines et équipements techniques, ergonomie – problèmes généraux.

Bien qu'étant intégrés dans le PKN, les comités suivants sont également présidés par des membres du CIOP :

- risques dus aux produits chimiques et à la poussière au poste de travail ;
- gestion de la sécurité et santé au travail.

28 représentants du CIOP participent en outre à la normalisation dans les TC du CEN et de l'ISO concernés par la prévention. Dix membres d'autres institutions polonaises sont également représentés dans des Comités techniques du CEN, en leur qualité d'experts dans le domaine de la prévention.

Les comités techniques polonais ci-dessus travaillent en coopération avec d'autres comités techniques dédiés à des produits/ groupes de produits spécifiques, sur des questions relatives à la prévention, telles que la sécurité des machines, ou la sécurité dans les mines. Une multitude d'autres institutions sont également représentées dans les comités techniques intégrés au CIOP, notamment l'Office de surveillance technique, l'Institut pour la construction mécanisée et de l'abattage de pierres, l'Université de médecine de Silésie, l'Institut de recherche sur les équipements de construction, l'Institut central des mines, l'Institut de médecine du travail, l'Institut national d'hygiène et l'Institut de médecine agricole.

L'une des conditions de l'adhésion de la Pologne au CEN est qu'elle adopte 80 % des normes européennes. Cet objectif a déjà été réalisé, les normes en question étant soit traduites, soit reprises dans leur langue d'origine. Il existe aujourd'hui quelque 2125 normes polonaises concernant la prévention. 213 d'entre elles résultent de la transposition de normes internationales, et 826 de celle de normes européennes. 817 normes (voir tableau p.15) ont été élaborées par le CIOP.

*Monika Drygala, Mirosława Swiderska*



Info:  
[www.ciop.pl](http://www.ciop.pl)



## Normung der sozialen Verantwortung von Unternehmen – ein Irrweg!

Das Thema „Soziale Verantwortung von Unternehmen“ (Corporate Social Responsibility – CSR) wird in zunehmenden Maße auf der Ebene der Europäischen Union und inzwischen auch in der Internationalen Normungsorganisation ISO diskutiert. Es geht bei dieser Thematik vor allem um das gesellschaftspolitische Engagement von Unternehmen, um ökologische und sozialpolitische Fragestellungen. Seitens der KAN wird eine Normung dieses Themenfeldes aus Sicht des Arbeitsschutzes abgelehnt.

### Die CSR-Diskussion in Europa

Ausgangspunkt für die europäische Diskussion war das im Juli 2001 vorgelegte Grünbuch der Europäischen Kommission „Europäische Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung der Unternehmen“. Mit diesem Grünbuch wurde ein EU-weiter Konsultationsprozess in Gang gesetzt, dessen Ergebnis in eine entsprechende Mitteilung der EU-Kommission vom Juli 2002 einfloss. Im Anschluss an diese Mitteilung wurde das Europäische Multi-Stakeholder-Forum für CSR etabliert, an dem sich die Europäische Kommission, die Industrie, die Gewerkschaften sowie verschiedene Nichtregierungsorganisationen beteiligen. Es ist in diesem Gremium außerordentlich strittig, ob Leitlinien zu CSR formuliert werden sollen. Bis 2004 soll in jedem Fall ein Beratungsergebnis vorliegen.

### Internationale Normungsebene

Was die Normung angeht, ist bekannt geworden, dass in den Vereinigten Staaten die Ethics Officer Association<sup>1</sup> eine nicht zertifizierbare internationale Norm angestrebt hatte. Dies traf auf heftigen Widerstand bei den amerikanischen Verbraucherverbänden, die unbedingt eine Norm mit vorgeschriebener Dritt-zertifizierung durchsetzen wollten. Auf Grund dieser Intervention hatte das US-Normungsinstitut ANSI<sup>2</sup>, das schon einen Normungsantrag vorbereitet hatte, darauf verzichtet, diesen bei der ISO einzureichen.

Auf Vorschlag des Komitees für Verbraucherpolitik der ISO (COPOLCO) hat die ISO inzwischen eine Special Advisory Group eingerichtet. Aufgabe dieser Arbeitsgruppe ist es zu diskutieren, ob die ISO die Standardisierung von CSR in ihr Arbeitsprogramm aufnimmt und, wenn ja, welches Format (Norm oder Leitlinien) erarbeitet werden soll.

### DIN-Präsidium gegen CSR-Normung

In Deutschland hatte die Kommission Sicherheitstechnik des DIN im letzten Jahr eine nationale Umfrage zu diesem

Themenkomplex durchgeführt, die eine eindeutige Ablehnung der Normung von CSR ergab. Auch das DIN-Präsidium hat in seinem Präsidialbeschluss 6/2002 erklärt, dass eine Normung in diesem Bereich nicht erwünscht sei. Die Aufgaben und Strukturen der Unternehmen schlossen bereits Aktivitäten zur sozialen Verantwortlichkeit ein und es lägen ausreichend international erarbeitete Papiere, z.B. der internationalen Arbeitsorganisation (ILO), als Bezugsdokumente vor. Diese Haltung wird das DIN auch auf europäischer und internationaler Ebene vertreten und sich an der Special Advisory Group der ISO beteiligen, um den deutschen Standpunkt in die Beratungen einzubringen.

### Normung aus Sicht des Arbeitsschutzes verhindern

Die Kommission Arbeitsschutz und Normung und die in ihr vertretenen Kreise haben sich auf ihrer Sitzung im März 2002 ebenfalls gegen eine Normung der sozialen Verantwortung von Unternehmen ausgesprochen. Zu befürchten steht aus Sicht der KAN vor allem, dass

- durch eine solche Norm die gerade noch verhinderte Normung von Arbeitsschutzmanagementsystemen doch noch erreicht würde, da zu erwarten steht, dass hier auch Belange des Arbeitsschutzes geregelt werden;
- eine solche Norm nationale Arbeitsschutzregelungen ignoriert, was im Gegensatz zum geltenden europäischen Recht stünde;
- Tarifparteien, Berufsgenossenschaften sowie staatliche Regelsetzer durch eine Erweiterung der Mitwirkung auf vom Arbeitsschutz nicht betroffene Kreise, wie z.B. Umwelt-, Verbraucher- oder andere Nichtregierungsorganisationen in ihren bewährten Regelungskompetenzen beschnitten würden;
- der freiwillige Charakter der Normung durch Zertifizierungszwänge de facto verloren gehen kann.

Der internationalen Dimension würde eine solche Norm ebenfalls nicht gerecht, weil dabei die kulturellen Unterschiede, die im Bereich der Sozialpolitik besonders bedeutend sind, unberücksichtigt blieben. Es ist daher zu überlegen, ob sich auf der internationalen Ebene nicht besser die ILO anstelle der ISO dieses Themas annehmen sollte. Dass hier tripartistisch erarbeitete, sinnvolle Dokumente entstehen können, zeigt das Beispiel der Leitlinien zu Arbeitsschutzmanagementsystemen.

*Eckhard Metzke*



CSR –  
ein Konzept zum  
Unternehmens-  
management?

<sup>1</sup> aus verschiedenen Wirtschaftszweigen zusammengesetzter Ethik-Rat

<sup>2</sup> American National Standards Institute

## Standardization of corporate social responsibility: the wrong course!

The subject of corporate social responsibility (CSR) is increasingly being debated at EU level, and lately also within ISO, the International Organization for Standardization. The subject relates to the socio-political and ecological contributions made by companies. From the perspective of OH&S, KAN rejects standardization of this area.

### Discussion of CSR in Europe

Discussion within Europe began with publication in July 2001 of the European Commission's green paper entitled "European Framework for Corporate Social Responsibility". The green paper launched an EU-wide consultation process, the result of which formed part of a corresponding announcement by the European Commission in July 2002. Following this announcement, the European Multi-Stakeholder Forum for CSR was formed, in which the European Commission, industry, unions, and a number of non-governmental organizations are participating. Whether CSR guidelines should be formulated is the subject of hot debate within this committee. The results of consultation are however to be presented by 2004.

### Standardization at international level

As far as standardization is concerned, it became known that the Ethics Officer Association<sup>1</sup> in the US had made a non-certifiable international standard its objective. This in turn met with strong resistance from American consumer organizations, who were determined to obtain a standard with mandatory third-party certification. Owing to this intervention, the American standards institution ANSI<sup>2</sup> chose not to submit to ISO the proposal which it had already prepared for a standard.

ISO has since set up a Special Advisory Group in response to a proposal by the ISO Committee on Consumer Policy (COPOLCO). The task of this group is to discuss whether ISO should include the standardization of CSR within its work programme, and if so, what format (standard or guidelines) should be adopted.

### DIN Presidial Board opposes standardization of CSR

In Germany, the Safety Technology Commission (KS) in DIN conducted a national survey last year which revealed clear opposition to the standardization of CSR. In its resolution 6/2002, the DIN Presidial Board also declared standardization in this area to be undesirable: in the Committee's view, corporate tasks and structures already included activities under the heading of corporate social responsibility, and sufficient documentation had been drafted at

international level, for example by the International Labour Organization, to serve as terms of reference. DIN will also present this position at European and international level, and will participate in the Special Advisory Group of ISO in order to make the German position known during deliberations.

### German OH&S representatives seek to prevent standardization

At their March 2002 session, the Kommission Arbeitsschutz und Normung and the groups represented in it also voiced their opposition to standardization of corporate social responsibility. In KAN's view, the principal fears are that:

- such a standard would result in the standardization of OH&S management systems, which has only just been prevented, as it can be assumed that OH&S issues would fall within the scope of such a standard;
- such a standard would ignore national OH&S provisions, which is in contravention of current European law;
- the proven regulatory competence of parties to wage agreements, BGs (the institutions for statutory accident insurance and prevention) and national regulators would be curtailed by the extension of involvement to groups not affected by occupational health and safety, such as environmental and consumer groups and other non-governmental organizations;
- the voluntary character of standardization would in effect be lost as a result of pressures to certify.

Such a standard would also fail to satisfy the international dimension, as consideration would not be given to cultural differences, which are particularly relevant in the area of social policy. It is therefore worth considering whether ILO rather than ISO should address this subject at international level. The example of guidelines for OH&S management systems demonstrates that the ILO is capable of producing useful documents through tripartite activity.

*Eckhard Metzke*



CSR – a concept for corporate management?

<sup>1</sup> Ethics council composed of representatives from a number of sectors of the economy

<sup>2</sup> American National Standards Institute

## Normaliser la responsabilité sociale des entreprises – une fausse voie !

La « responsabilité sociale des entreprises » (RSE) est un sujet de plus en plus discuté, non seulement au niveau de l'Union européenne, mais aussi au sein de l'organisme de normalisation international ISO. Cette thématique concerne en premier lieu le sens des responsabilités manifesté par les entreprises pour les questions sociales et environnementales. La KAN refuse une normalisation de ce domaine, du point de vue de la prévention.

### La discussion sur la RSE en Europe

Au niveau européen, la discussion a été déclenchée par le Livre vert de la Commission européenne, paru en juillet 2001, intitulé « Promouvoir un cadre européen pour la responsabilité sociale des entreprises ». Ce Livre vert avait été à l'origine d'une consultation paneuropéenne, dont les résultats ont fait l'objet d'une communication de la Commission européenne en juillet 2002. Suite à cette communication, un Forum plurilatéral européen (CSR EMS Forum) a été lancé, auquel participent la Commission européenne, le secteur industriel, les syndicats, ainsi que différentes ONG. Au sein de ce forum, les avis sont extrêmement partagés sur la question de savoir s'il convient ou non de formuler des guides sur la RSE. Un résultat des concertations doit être en tous cas présenté d'ici 2004.

### Un niveau international de normalisation

Concernant la normalisation, on a appris que, aux États-Unis, l'Ethics Officer Association<sup>1</sup> visait à promulguer une norme internationale non certifiable. Cette décision s'est heurtée à une vive résistance de la part des associations américaines de consommateurs, qui voulaient à tout prix imposer une norme impliquant une certification obligatoire par des tiers. En raison de cette intervention, l'organisme américain de normalisation ANSI<sup>2</sup>, qui avait déjà préparé une demande de normalisation, a renoncé à la soumettre à l'ISO.

Suite à la proposition du Comité de l'ISO pour la politique de consommation (COPOLCO), l'ISO a entre-temps constitué un « Special Advisory Group », qui a pour mission d'examiner la question de savoir si l'ISO doit faire figurer la standardisation de la RSE dans son programme de travail, et, si oui, sous quelle forme il convient de traiter le sujet (norme ou guide).

### Le Comité directeur du DIN s'oppose à une normalisation de la RSE

En Allemagne, une enquête effectuée l'année dernière sur cette thématique par la Commission Technique de sécurité au sein du DIN a mis en évidence un net refus de la

normalisation de la RSE. Dans sa décision 6/2002, le Comité directeur du DIN a également déclaré qu'une normalisation dans ce domaine n'était pas souhaitée, avançant que les missions et structures des entreprises incluaient déjà des activités relatives à la responsabilité sociale, et qu'il existait déjà suffisamment de documents de référence rédigés à l'échelle internationale, comme ceux de l'Organisation internationale du travail (OIT). Cette position sera défendue, également au niveau européen et international, par le DIN, qui participera au Special Advisory Group de l'ISO, afin de faire valoir la position allemande dans les concertations.

### Le point de vue des préventeurs : il faut empêcher la normalisation

Lors de leur réunion en mars 2002, la Commission pour la sécurité et santé au travail et la normalisation (KAN) et les cercles qui y sont représentés se sont également prononcés contre une normalisation de la responsabilité sociale des entreprises. Ce que l'on peut surtout craindre, d'après la KAN, c'est que

- une telle norme ouvre la voie à la normalisation – évitée de justesse – des systèmes de gestion de la sécurité et la santé au travail, car on peut s'attendre à ce que les enjeux de la prévention y soient également réglementés ;
- une telle norme ne prenne pas en compte les réglementations nationales en matière de sécurité et de santé au travail, ce qui serait en contradiction avec le droit européen en vigueur ;
- les partenaires sociaux, les organismes d'assurance accident, ainsi que les autorités réglementaires voient leurs compétences réglementaires amputées du fait de l'élargissement de la participation à des cercles non concernés par la prévention, comme par exemple des organisations de protection de l'environnement ou de consommateurs, ou d'autres ONG ;
- le caractère volontaire des normes puisse disparaître de facto si des pressions s'exercent pour faire certifier les produits.

En outre, une telle norme ne serait pas en adéquation avec la dimension internationale, car elle ne prendrait pas en compte les différences culturelles qui, dans le domaine socio-politique, revêtent une importance particulière. C'est pourquoi il conviendrait d'examiner la question de savoir s'il ne serait pas préférable, au niveau international, que ce soit l'OIT, et non pas l'ISO, qui traite ce sujet. Nul doute que des documents valables, élaborés sur une base tripartite, pourraient alors voir le jour, comme le montre l'exemple du guide sur les systèmes de gestion de la sécurité et la santé au travail.

*Eckhard Metzger*

RSE – un concept pour la gestion des entreprises ?

<sup>1</sup> Un conseil éthique composé de différents secteurs économiques

<sup>2</sup> American National Standards Institute



Eckhard Metzger  
Tel. 02241-231-3452  
metze@kan.de

## EUROSHNET – Aktuell

Ende 2002 beteiligten sich mehr als 20 Arbeitsschutzexperten von INRS, EUROGIP, BG-PRÜFZERT und KAN an einer ersten Testphase von [www.euroshnet.org](http://www.euroshnet.org). Insbesondere die Funktionalität des passwortgeschützten Bereiches, d.h. der Umgang mit Expertendatenbank und Diskussionsforen, wurde einer eingehenden Prüfung unterzogen. Verbesserungsvorschläge und Anregungen in Bezug auf die Nutzerfreundlichkeit wurden aufgenommen und bei der weiteren Programmierung berücksichtigt.

Ende Januar 2003 fand ein Treffen der Koordinatoren der Diskussionsforen statt, mit denen EUROSHNET startet. Ziel des Treffens war es, die Aufgabe der Koordinatoren und zukünftige Aktivitäten abzustimmen.

Im ersten Jahr seines Bestehens wird EUROSHNET Experten von Arbeitsschutzinstitutionen der Länder zur Verfügung stehen, die in der Steuerungsgruppe mitarbeiten: Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Polen und Spanien.

### Europäisches Seminar zu PSA

Bei der Persönlichen Schutzausrüstung ist in den vergangenen 15 Jahren eine positive Entwicklung zu verzeichnen, sowohl was Vorschriften und Normen als auch die Produkte selbst und ihre Benutzerfreundlichkeit angeht. Dies war ein Ergebnis des „6. Europäischen Seminars zu PSA“ (15.-17.1.2003), an dem rund 60 Experten aus 11 EU-Mitglieds- und 4 Kandidatenländern teilgenommen haben.

In der PSA-Produktnormung ist der größte Teil des CEN-Arbeitsprogramms erfüllt. Der Ausblick auf die anstehende Revision ergab u.a. folgenden Bedarf:

- Die Normer benötigen neuere medizinische und physiologische Grenzwerte sowie – für die verschiedenen Größen der einzelnen PSA – aktuelle anthropometrische Daten.
- Die Schutzklassen sollten einen klareren Bezug zu den Risiken bei der Arbeit haben.

Die Überarbeitung der Normen wird jedoch nicht bei CEN, sondern auf ISO-Ebene stattfinden. Dadurch können Probleme auftreten, etwa bei der Erfüllung der grundlegenden Gesundheits- und Sicherheitsanforderungen der Richtlinie 89/686 oder der Trennung von Benutzungs- und Herstellungsanforderungen.

Eine ausführliche Dokumentation des Seminars wird Ende März unter [www.ttl.fi/ttl/osasto/tf/news.htm](http://www.ttl.fi/ttl/osasto/tf/news.htm) verfügbar sein.

### Newsletter „BG-Prävention Aktuell“

Der vierteljährlich erscheinende Newsletter „BG-Prävention Aktuell“ will Multiplikatoren aus dem Umfeld der Prävention in kurzer

und verständlicher Form über aktuelle Arbeitsergebnisse und Projekte der Präventionseinrichtungen des HVBG (Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften) informieren. Die jeweiligen Ansprechpartner werden genannt und Interessierte werden auf weiterführende Informationsquellen, vor allem im BG-Netzwerk Prävention, hingewiesen.

Wenn Sie die Informationsschrift regelmäßig in elektronischer Form erhalten wollen, genügt eine Nachricht mit dem Stichwort „BG-Prävention Aktuell“ an [bgz@hvb.de](mailto:bgz@hvb.de). BG-Prävention Aktuell und andere Publikationen der Berufsgenossenschaftlichen Zentrale für Sicherheit und Gesundheit (BGZ) können auch unter [www.hvb.de/d/pages/arbeit/bgz/bgz-rep.htm](http://www.hvb.de/d/pages/arbeit/bgz/bgz-rep.htm) abgerufen werden.

### EUROSHNET News

At the end of 2002, over 20 OH&S professionals from INRS, EUROGIP, BG-PRÜFZERT and KAN participated in test operation of [www.euroshnet.org](http://www.euroshnet.org). The functionality of the password-protected area, i.e. use of the database of experts and the discussion fora, were subjected in particular to comprehensive testing. Suggestions for improvements regarding ease of use were noted for consideration in subsequent programming.

At the end of January 2003, a meeting was held between the co-ordinators of the discussion fora to be set up at the launch of EUROSHNET. The purpose of the meeting was to agree the co-ordinators' functions and future activities.

In its first year, EUROSHNET will be open to experts from the OH&S institutions in the countries active in the steering group: Finland, France, Germany, Poland, Spain and the United Kingdom.

### European seminar on PPE

Positive developments have been witnessed over the past 15 years in the area of personal protective equipment, with regard to both the regulations and standards governing PPE, and the products themselves and their ease of use. This was one conclusion of the “6th Seminar on Personal Protective Equipment in Europe” held on 15 to 17 January 2003, which was attended by some 60 experts from 11 EU member states and four candidate countries for EU membership.

The greater part of the CEN programme of PPE product standardization has been completed. Review of the pending revision revealed the following needs:

- Developers of standards require more up-to-date medical and physiological limit values and, for the different sizes of individual items of PPE, up-to-date anthropometric data.



- The classes of protection should provide a clearer indication of the risks encountered at work.

The standards will not, however, be revised by CEN, but at ISO level. This may give rise to difficulties, for example in fulfilment of the basic health and safety requirements of Directive 89/686, or in the distinction between requirements governing use and those governing manufacture.

A comprehensive report on the seminar will be available at the end of March at [www.ttl.fi/ttl/osasto/tf/news.htm](http://www.ttl.fi/ttl/osasto/tf/news.htm).

## The "BG-Prävention Aktuell" Newsletter

The "BG-Prävention Aktuell" newsletter, which appears quarterly, is aimed at multipliers in the area of prevention and provides concise and comprehensible information on the latest results of activity and projects within the prevention facilities of the HVBG (the Federation of Institutions for Statutory Accident Insurance and Prevention). The names of contacts are provided and attention is drawn to further sources of information, particularly in the BG prevention network.

Should you wish to receive the newsletter regularly in electronic form, simply send an e-mail containing the words "BG-Prävention Aktuell" to [bgz@hvbv.de](mailto:bgz@hvbv.de). BG-Prävention Aktuell and other publications by the BG Central office for health and safety at work (BGZ) can also be downloaded from [www.hvbv.de/d/pages/arbeit/bgz/bgz-rep.htm](http://www.hvbv.de/d/pages/arbeit/bgz/bgz-rep.htm).

## EUROSHNET - Actualités

À la fin de 2002, plus de 20 préventeurs de l'INRS, EUROGIP, BG-PRÜFZERT et de la KAN ont participé à une phase test de [www.euroshnet.org](http://www.euroshnet.org). La fonctionnalité du domaine à accès restreint, c'est-à-dire l'utilisation des bases de données sur les préventeurs et des forums de discussion a été soumise en particulier à un examen critique. Des suggestions d'amélioration, notamment en termes de convivialité, ont été reçues et prises en compte pour la suite de la programmation.

Une réunion des coordinateurs des forums de discussion avec lesquels démarre EUROSHNET a eu lieu fin janvier 2003. L'objectif de cette rencontre était de se concerter sur les missions des coordinateurs et sur les futures activités.

Dans sa première année d'existence, EUROSHNET sera à la disposition d'experts des organismes de prévention des pays qui travaillent au sein de l'organisme de pilotage : l'Allemagne, l'Espagne, la Finlande, la France, la Grande-Bretagne et la Pologne.

## Séminaire européen sur les EPI

Dans le domaine des équipements de protection individuelle (EPI), une évolution positive s'observe depuis une quinzaine d'années, tant pour les réglementations et les normes, que pour les produits et leur facilité d'emploi. Telle a été une des conclusions du « 6e séminaire européen sur les EPI » (du 15 au 17/1/2003), qui a réuni quelque 60 experts de 11 pays de l'UE et de 4 pays candidats.

Le programme de travail du CEN est, en grande partie, accompli dans la normalisation de produits dédiée aux EPI. La perspective de la révision prévue a fait ressortir les besoins suivants :

- Les normalisateurs ont besoin de valeurs seuil médicales et physiologiques plus récentes, ainsi que de données anthropométriques actualisées pour les différentes tailles de chaque EPI.
- Les classes de protection devraient correspondre plus nettement aux risques encourus au travail.

Le remaniement des normes ne s'effectuera toutefois pas au niveau du CEN, mais à celui de l'ISO. De ce fait, des problèmes pourraient survenir, notamment lors de la réalisation des exigences essentielles de santé et de sécurité de la directive 89/686, ou quand il s'agira de différencier les exigences relatives à l'utilisation et celles relatives à la fabrication.

Un rapport détaillé sur ce séminaire sera disponible fin mars à l'adresse [www.ttl.fi/ttl/osasto/tf/news.htm](http://www.ttl.fi/ttl/osasto/tf/news.htm).

## Newsletter « BG-Prävention Aktuell »

Parution trimestrielle, la Newsletter « BG-Prävention Aktuell » se propose d'informer, de manière concise et compréhensible, les multiplicateurs dans le domaine de la prévention sur les résultats actuels de travaux et sur les projets des organes chargés de la prévention au sein du HVBG (Fédération des organismes d'assurance et de prévention des risques professionnels). On y trouve les différents interlocuteurs, et les personnes intéressées sont renvoyées à des sources d'information, plus pointues, notamment dans le réseau Prévention des BG.

Pour recevoir régulièrement ce bulletin d'information sous forme électronique, il suffit d'envoyer un message indiquant la référence « BG-Prävention Aktuell » à l'adresse [bgz@hvbv.de](mailto:bgz@hvbv.de). Tout comme d'autres publications de la BGZ (Office central pour la sécurité et la santé auprès des Berufsgenossenschaften), BG-Prävention Aktuell peut être également téléchargé à l'adresse [www.hvbv.de/d/pages/arbeit/bgz/bgz-rep.htm](http://www.hvbv.de/d/pages/arbeit/bgz/bgz-rep.htm).



## Veröffentlichungen/Publications

### • Ergebnisorientierter Arbeitsschutz

Der BAuA-Forschungsbericht 955 „Ergebnisorientierter Arbeitsschutz – Bilanzierung und Perspektiven eines innovativen Ansatzes zur betrieblichen Arbeitsschutzökonomie“ stellt dar, wie Arbeitsschutzmaßnahmen positiv zum Unternehmensergebnis beitragen. Durch erhöhte Mitarbeiter- und Kundenzufriedenheit könnten Kosten gesenkt werden. Der in der Studie entwickelte Ansatz einer neuen Arbeitsschutzökonomie wird an Fallstudien empirisch erprobt.

*Bestellung:* BAuA, Tel. 0471 945 44 61, 188 S., E-Mail: info@nw-verlag.de, 16,50 €

### • Vibrationen

Am Arbeitsplatz treten häufig Hand-Arm-Schwingungen (bei handgeführten Arbeitsmitteln) und Ganzkörper-Schwingungen (z.B. beim Fahren auf Gabelstaplern, Baustellenfahrzeugen) auf. Diese Gefährdungen werden in der neuen EG-Richtlinie „Vibrationen“ vom 25.6.2002 und in der Neufassung der VDI-Richtlinie 2057 behandelt. Die Broschüre „Schwingungen und Vibrationen“ greift das aktuelle Thema auf und gibt Hinweise für den Betriebspraktiker.

*Bestellung:* VTI-Verlag, Tel. 0234 94 34 90, E-Mail: info@vti-bochum.de, 52 S., 7,20 €

### • PSA

Das Bayerische Landesamt für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik hat Neuauflagen der Broschüren „Persönliche Schutzausrüstungen – Schutzkleidung“ und „Persönliche Schutzausrüstungen – Gehörschutz“ als PDF-Downloads in seine Internetseiten integriert. Die Broschüren erläutern die Rechtsgrundlagen und enthalten mit Fotos illustrierte Fachinformationen. Sie richten sich sowohl an Arbeitgeber als auch an Beschäftigte.

*Download unter:* [www.lfas.bayern.de/technischer\\_as/anlagensicherheit/psa/schutzkleidung/psa1\\_neu\\_screen.pdf](http://www.lfas.bayern.de/technischer_as/anlagensicherheit/psa/schutzkleidung/psa1_neu_screen.pdf) bzw. [www.lfas.bayern.de/technischer\\_as/psa/psa1\\_neu\\_screen.pdf](http://www.lfas.bayern.de/technischer_as/psa/psa1_neu_screen.pdf) bzw. [www.lfas.bayern.de/technischer\\_as/psa/psa1\\_neu\\_screen.pdf](http://www.lfas.bayern.de/technischer_as/psa/psa1_neu_screen.pdf)

### • Results-oriented OH&S

BAuA Research Report 955 entitled „Ergebnisorientierter Arbeitsschutz – Bilanzierung und Perspektiven eines innovativen Ansatzes zur betrieblichen Arbeitsschutzökonomie“ describes the favourable contribution which OH&S measures may make to corporate profits. Enhanced staff and customer satisfaction enables costs to be lowered. The new approach to OH&S economics developed in the study is being tested empirically in case studies.

*Available from:* BAuA, Tel. +49 471 945 44 61, 188 p., info@nw-verlag.de, 16,50 €

### • Vibrations

Hand-arm vibration (from manually guided

tools) and whole-body vibration (for example from fork-lift trucks and construction vehicles) is a frequent occurrence at workplaces. These hazards are addressed in the new EC Vibrations Directive issued on 25 June 2002, and in the new edition of VDI Guideline 2057. The brochure „Schwingungen und Vibrationen“ (Vibrations) addresses this topical issue and provides companies with practical advice.

*Available from:* VTI-Verlag, Tel. +49 234 9 43490, info@vti-bochum.de, 52 p., 7,20 €

### • PPE

The Bavarian regional office responsible for occupational health and safety, occupational medicine and safety technology has added new editions of the German brochures „Persönliche Schutzausrüstungen – Schutzkleidung“ (PPE – protective clothing) and „Persönliche Schutzausrüstungen – Gehörschutz“ (PPE – hearing protection) in PDF format to its web pages. The brochures explain the statutory provisions and contain technical information illustrated by photographs. They are intended for both employers and employees.

*Download at:* [www.lfas.bayern.de/technischer\\_as/anlagensicherheit/psa/schutzkleidung/psa1\\_neu\\_screen.pdf](http://www.lfas.bayern.de/technischer_as/anlagensicherheit/psa/schutzkleidung/psa1_neu_screen.pdf) and [www.lfas.bayern.de/technischer\\_as/psa/psa1\\_neu\\_screen.pdf](http://www.lfas.bayern.de/technischer_as/psa/psa1_neu_screen.pdf)

### • Une prévention « orientée résultat »

Le rapport de recherche n° 955 du BAuA: «Ergebnisorientierter Arbeitsschutz – Bilanzierung und Perspektiven eines innovativen Ansatzes zur betrieblichen Arbeitsschutzökonomie» expose les retombées que peuvent avoir les mesures de prévention sur le résultat des entreprises, la satisfaction accrue du personnel et de la clientèle permettant de réduire les coûts. La piste d'une nouvelle économie de la prévention, développée dans l'étude, est soumise à un examen empirique à partir d'études de cas.

*À commander auprès de:* BAuA, tél. : +49 471 9454461, 188 p., e-mail: info@nw-verlag.de, 16,50 €

### • Vibrations

On observe souvent aux postes de travail des vibrations affectant le système main-bras (dans le cas d'outils guidés à la main), ou le corps tout entier (p.ex. lors de la conduite de chariots élévateurs ou d'engins de chantier). Ces risques sont examinés dans la nouvelle directive CE « Vibrations » du 25 juin 2002, et dans la nouvelle version de la directive VDI 2057. La brochure « Schwingungen und Vibrationen » reprend ce thème d'actualité et donne des conseils au praticien dans l'entreprise.

*À commander auprès de :* VTI-Verlag, tél. : +49 234 943490, e-mail : info@vti-bochum.de, 52 p., 7,20 €

- **EPI**

L'Office bavarois de la prévention, la médecine du travail et la technique de sécurité a intégré sur son site Internet une édition actualisée des brochures « Persönliche Schutzausrüstungen – Schutzkleidung » (vêtements de protection) et « Persönliche Schutzausrüstungen – Gehörschutz » (protecteurs d'oreilles), à télécharger au format pdf. Ces brochures exposent la situation juridique et contiennent des informations techniques, illustrées par des photos. Elles s'adressent à la fois aux employeurs et aux employés.

À télécharger respectivement à: [www.lfas.bayern.de/technischer\\_as/anlagensicherheit/psa/schutzkleidung/psa1\\_neu\\_screen.pdf](http://www.lfas.bayern.de/technischer_as/anlagensicherheit/psa/schutzkleidung/psa1_neu_screen.pdf) et [.../psa/geraeteschutz/psa1\\_neu\\_gehoer\\_neu.pdf](http://www.lfas.bayern.de/technischer_as/anlagensicherheit/psa/geraeteschutz/psa1_neu_gehoer_neu.pdf)

## Internet

- **www.linguadict.de**

Linguadict ist ein äußerst umfangreiches kostenloses Online-Wörterbuch für die Sprachpaare Deutsch-Englisch und Deutsch-Französisch. Neben einzelnen Wörtern werden häufig auch Redewendungen und ganze Beispielsätze angezeigt. Über den Button „Zurück zur Startseite“ erhalten Sie außerdem Zugang zu einem Vokabeltrainer und einem Suchsystem mit 25 000 Satzbeispielen aus dem Bereich „Business English“.

- **www.asinfo.de**

asinfo ist ein vom Institut ASER e.V. an der Universität Wuppertal entwickeltes Informationssystem für den Arbeitsschutz, das sich auf Dokumente ausgewählter deutschsprachiger Informationsanbieter stützt. Derzeit ist eine Suche nach 6 Hauptrubriken (Sachthemen) oder direkt über Freitexteingabe möglich. Die Suchergebnisse werden anhand eines Rankings (u.a. Zahl der Links auf die angezeigten Suchergebnisse) bewertet und angeboten. Eine Aktualisierung der Dokumente findet zurzeit im vierwöchigen Rhythmus statt.

- **www.bma.de/de/asp/praxis**

Die Ende 2001 eingerichtete „Datenbank für praktische Lösungen im Arbeitsschutz“ wird als Gemeinschaftsprojekt der deutschsprachigen Focal Points im europäischen OSHA-Netzwerk betrieben. Gesucht werden kann nach Freitexteingaben oder einem ausführlichen Katalog von Sachthemen.

- **www.linguadict.de**

Linguadict is an extremely comprehensive, free, online dictionary for the language pairs German-English and German-French. The dictionaries contain not only individual terms, but also many idioms and complete example sentences. In addition, the “Home”

button provides access to a vocabulary trainer and a search system with 25,000 example sentences from the realm of “Business English”.

- **www.asinfo.de**

asinfo is an OH&S information system developed by the ASER e.V. institute at Wuppertal University. It is based upon documents published by selected providers of German-language information. At present, it permits searches according to six key subjects, or directly by full-text search. The search results are assessed and ranked (for example by the number of Internet links to each hit). The documents are currently updated every four weeks.

- **www.bma.de/de/asp/praxis**

This database for practical OH&S solutions at the workplace set up at the end of 2001 is being operated as a joint project by the German-speaking Focal Points within the European OSHA network. Free text searches are possible, as are searches by means of a comprehensive catalogue of search subjects.

- **www.linguadict.de**

Linguadict est un dictionnaire en ligne extrêmement fourni, utilisable gratuitement pour les combinaisons allemand-anglais et allemand-français. Outre les mots individuels, on y trouve aussi souvent des expressions ou des phrases complètes. En cliquant sur le symbole « début de page », on a accès à des exercices de vocabulaire en ligne (anglais), ainsi qu'à un système de recherche avec 25.000 exemples de phrases de l'anglais commercial.

- **www.asinfo.de**

Conçu par l'Institut ASER e.V. de l'Université de Wuppertal, asinfo est un système informatique dédié à la prévention, qui se base sur des documents de fournisseurs d'information germanophones choisis. Actuellement, la recherche peut se faire à l'intérieur de six rubriques principales (thèmes spécialisés), ou directement, par mot clé. Les résultats de la recherche sont classés et proposés par ordre de pertinence (notamment selon le nombre de liens sur les résultats affichés). Une actualisation des documents s'effectue actuellement toutes les quatre semaines.

- **www.bma.de/de/asp/praxis**

Créée à la fin de 2001, la base de données « Datenbank für praktische Lösungen im Arbeitsschutz » est exploitée comme projet commun des Focal Points germanophones au sein du réseau OSHA (Allemagne, Autriche, Suisse). La recherche peut s'effectuer par mots clés, ou par le biais d'un catalogue de thèmes spécialisés.

Info	Thema / Subject / Thème
<p><b>06.05. – 07.05.2003</b> Dortmund</p> <p>Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) Tel. +49 231 9071 316 wienhusen.ursula@baua.bund.de www.baua.de</p>	<p>Anlagen- und Betriebssicherheit – Veränderungen durch die neue Betriebssicherheitsverordnung</p> <p>Plant and operational safety – changes resulting from the new German Ordinance on Operational Safety</p> <p>La sécurité des installations et de fonctionnement – les modifications apportées par le nouveau décret allemand sur la sécurité de fonctionnement</p>
<p><b>22.05. – 23.05.2003</b> Frankfurt/Main</p> <p>IVSS-Sektion Chemie Tel. +49 6221 523 498 issa.chemistry@bgchemie.de http://chemistry.prevention.issa.int.</p>	<p>„Mensch – Sicherheit – Technik“, 20. Internationales Kolloquium der IVSS-Sektion Chemie im Rahmen der ACHEMA 2003</p> <p>“Man – Safety – Technology”, 20th International Symposium of the ISSA Chemistry Section as part of ACHEMA 2003</p> <p>« Homme – Sécurité – Technologie », 20e Colloque international du Comité AISS Chimie dans le cadre de l'ACHEMA 2003</p>
<p><b>02.06. – 06.06.2003</b> Dresden</p> <p>Berufsgenossenschaftliches Institut Arbeit und Gesundheit (BGAG) Tel. +49 351 457 1914 www.bgag-seminare.de</p>	<p>Englisch für Mitarbeiter im Arbeitsschutz – Basistraining</p> <p>English for OH&amp;S staff – Basic training</p> <p>Anglais pour les préventeurs – Cours de base</p>
<p><b>09.06. – 11.06.2003</b> Rom</p> <p>Italian Workers Compensation Authority (INAIL) Tel. +39 06 5487 2115 secretariat@workcongress6.org www.workcongress6.org.</p>	<p>6. Internationaler Kongress zu Prävention, Rehabilitation und Entschädigung arbeitsbedingter Schäden</p> <p>6th International Congress on Work Injury Prevention, Rehabilitation and Compensation</p> <p>6e congrès international sur la prévention, la réhabilitation et l'indemnisation des accidents du travail et des maladies professionnelles</p>
<p><b>07.07. – 09. 07.2003</b> Dresden</p> <p>Berufsgenossenschaftliches Institut Arbeit und Gesundheit (BGAG) Tel. +49 351 457 1970 seminare.bgag@hvbv.de www.bgag-seminare.de</p>	<p>KAN-BGAG-Seminar für Normenanwender: „Bedeutung der Normung für den Arbeitsschutz“</p> <p>KAN/BGAG seminar for standards users: “The significance of standards for occupational health and safety”</p> <p>Séminaire KAN-BGAG pour les utilisateurs des normes: « L'importance de la normalisation pour la prévention »</p>

## IMPRESSUM

**Herausgeber/publisher/éditeur**  
Verein zur Förderung der Arbeitssicherheit in Europa e.V. (VFA)

mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit / with the financial support of the German Ministry of Economics and Labour / avec le soutien financier du Ministère allemand de l'Économie et du Travail.

**Redaktion/editor/rédaction**  
Kommission Arbeitsschutz und Normung (KAN) – Geschäftsstelle  
Michael Robert, Birgit Hartmetz

Schriftleitung / responsable / responsable  
Dr.-Ing. Joachim Lambert  
Alte Heerstr. 111  
D - 53757 Sankt Augustin

Gestaltung / design / réalisation  
Felder Köln/Berlin

Übersetzung / translation / traduction  
Odile Brogden, Marc Prior

Erscheinungsweise: vierteljährlich / mode of appearance: quarterly / parution trimestrielle

Verbreitungsweise unentgeltlich / distributed free of charge / distribué gratuitement

Tel. +49 (0) 2241 - 231 3463  
Fax +49 (0) 2241 - 231 3464

Internet: [www.kan.de](http://www.kan.de)  
E-Mail: [info@kan.de](mailto:info@kan.de)